



13. Stadtratsprotokoll / 13^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 23. Oktober 2019, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 23 octobre 2019 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clausss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zimmermann Erwin

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Hamdaoui Mohamed, Tanner Anna, Wiher Max, Zumstein Joël

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / *Affaires traitées***Seite/Page**

182. Genehmigung der Traktandenliste	543
• Ordnungsantrag.....	543
183. Mitteilungen Stadtratsbüro	543
184. 20190281 Wahl des Beauftragten für Datenschutz / Legislatur 2017-2020: Ersatzwahl 01.01.2020 - 31.12.2020	544
185. 20190269 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 01.01.2020	545
186. 20190162 Finanzplan 2021-2023 (Planjahre 2021 – 2023 und Investitionsplanung 2020 – 2029)	553
187. 20190162 Budget 2020.....	562
• Allgemeine Debatte	563
• Ordnungsantrag.....	575

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung.

Auf ihrem Tisch liegt auf:

- Änderungsantrag Fraktion Grüne, Traktandum 3, «Stellenschaffungen»
- Änderungsantrag Fraktion GLP, Traktandum 4, «Budget 2020» (blaues Blatt)
- Rückweisungsantrag Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Traktandum 7, «Projekt Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates / Verpflichtungskredit» (oranges Blatt)
- Zeitung Vision 2035

Auf dem Tisch des Weibels liegt auf:

- Programm der Sonderausstellung «Ich Mann. Du Frau. Feste Rollen seit Urzeiten?» im Neuen Museum Biel

182. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Philipp Possa ist anwesend, welcher für ein Jahr als Datenschutzbeauftragter gewählt werden soll. Ich schlage vor, die Traktandenliste so zu modifizieren, dass das Traktandum 8 vorgezogen wird. Ist jemand dagegen? Ich gehe nicht davon aus, dass es ein langes Traktandum wird.

Ordnungsantrag

Bohnenblust Peter, FDP: Ich beantrage, dass wir das Traktandum 5, Finanzplan 2021 - 2023 (Planjahre 2021 - 2023 und Investitionsplanung 2020 - 2029), vor dem Budget behandeln. Meine Begründung dafür ist, dass wir zuerst grundsätzlich diskutieren und eine Art «Auslegeordnung» machen, weil es hilfreich ist, wenn für die Budgetdiskussion bereits die Zeichen der Zukunft ersichtlich sind.

Abstimmungen

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Die Traktandenliste wird mit den zwei Änderungen genehmigt.

183. Mitteilungen Stadtratsbüro

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: J'ai encore une invitation de la Coordination des villes de Suisse romande. Personne ne s'est inscrit. Cette manifestation aura lieu le vendredi 8 novembre 2019, à Petit-Lancy GE. Sie können bei der Ratssekretärin anmelden.

Unser traditionelles Jahresschlusssessen findet am Donnerstag, 9. Dezember 2019, um ca. 19.30 - 20.00 Uhr, im Gymnasium statt. Die Anmeldung haben sie erhalten, eine Lehrer-Band wird für Unterhaltung sorgen, aus meiner Sicht wird es ein lustiger Abend werden und ich bin stolz darauf und was der Kanton Bern Schönes bereitstellen wird.

Die Anstellung der Vize-Ratssekretärin stellt sich als schwieriger heraus als gedacht, da wir versucht haben, eine francophone Frau zu finden, die gut genug deutsch spricht und kein Problem mit flexiblen Arbeitszeiten hat. Leider hatten die guten Kandidatinnen während dem Vorstellungsprozess abgesagt und die Ratssekretärin hatte einen zweiten Bewerbungslauf gestartet. Wir stehen nun kurz vor der Unterzeichnung des Arbeitsvertrags, welche in den nächsten Tagen stattfinden sollte. Sofern dies klappt, wird die neue Mitarbeiterin im Februar 2020 20% und ab März 2020 60% im Einsatz sein. Durch alle im Moment anfallenden Arbeiten und laufenden Geschäften ist das Ratssekretariat an die Grenzen des Möglichen gelangt. Wir bitten um Nachsicht, da es momentan schwierig ist, alles auf einmal zu erledigen. Unsere Prioritäten liegen beim laufenden Geschäft sowie der Stadtordnung, dies zu ihrer Information und ich danke der Ratssekretärin für die Organisation in diesen etwas schwierigeren Zeiten.

Eine wichtige Mitteilung an alle Fraktionen: nächsten Montag sind sie im Besitz der Stadtratsunterlagen betreffend der Stadtordnung. Wie sie wissen, ist dieses Geschäft kompliziert und wir werden ausserdem Doppelsitzungen des Stadtrats haben. Somit ist es terminlich und von den Abläufen her nicht möglich, die Unterlagen fristgerecht bereit zu stellen, um diese an der Sitzung zu behandeln. Deshalb schlage ich vor, dass sie die Fraktionssitzungen um eine Woche vorverschieben, damit genügend Zeit bis zu den Stadtratssitzungen ist, an welchen das Geschäft behandelt wird. Anlässlich der Fraktionspräsidiumskonferenz besprechen wir diesen und prüfen die Machbarkeit. D.h. die Fraktionssitzung würde am 11.11.2019 und nicht am 18.11.2019 stattfinden.

Frank Lena, GPK: Nur eine Rückfrage betreffend der GPK-Sitzung, da ja diese auch eine Woche vorverschoben werden müsste? Oder was ist ihre Idee?

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich schlage vor, wir besprechen dies bilateral. Es besteht eine Idee, welche nicht detailliert hier abgehandelt werden muss.

184. 20190281 Wahl des Beauftragten für Datenschutz / Legislatur 2017-2020: Ersatzwahl 01.01.2020 - 31.12.2020

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Philipp Possa ist persönlich anwesend, um Fragen von Ihnen zu beantworten. Er ersetzt Kurt Stöckli und wir von ihm eingearbeitet in demselben Büro.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Stadtratsbüros vom 17. September 2019, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 lit. d Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) sowie Art. 10 Abs. 1 Datenschutzreglement (SGR 152.04):

Herr Philipp Possa lic. iur., Schwanengasse 5/7, 3001 Bern, wird für den Abschluss der Legislatur 2017 – 2020 vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 im Rahmen eines Mandates von CHF 25'000.- pro Jahr inkl. Mehrwertsteuer zum Beauftragten für den Datenschutz gewählt. Die Ausgabenbefugnis beträgt CHF 10'000 pro Jahr. Der Beauftragte für Datenschutz ist verpflichtet, für die Wahrnehmung seiner Aufgaben in beiden Amtssprachen der zweisprachigen Stadt Biel besorgt zu sein.

185. 20190269 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 01.01.2020

Frank Lena, GPK: Dieses Votum kann ich kurz halten. Der Stellenetat hat sich in den letzten Jahren erhöht, weil auch die Aufgaben stetig zugenommen haben. Um den Finanzhaushalt im Gleichgewicht halten zu können, ist der Gemeinderat bestrebt, die Stellenschaffungen gering zu halten. Trotzdem entscheiden wir heute über einige Schaffungen: in der öffentlichen Sicherheit sollen vier definitive Stellen im Bereich Einwohner- und Spezialdienste geschaffen werden. Im Zusammenhang mit der Einführung der Betreuungsgutscheine sind für die Direktion Bildung, Kultur und Sport (BKS) Stellen vorgesehen, welche jedoch nach der Einführungsphase wieder reduziert werden können. Augenfällig ist auch, dass KITA-Jahrespraktikant*innen aufgrund Weisung der kantonalen Arbeitsmarktkommission durch nicht diplomiertes Personal ersetzt werden. Das Einführungspraktikum von maximal sechs Monaten ist weiterhin möglich, aber es ist nicht mehr zulässig, dass eine interessierte Person über die maximale Dauer hinaus in verschiedenen Institutionen derselben Organisation weiter beschäftigt wird. Werden diese Abgrenzungskriterien missachtet, gelten die Praktikant*innen automatisch als ungelernte Arbeitnehmende. Die GPK empfiehlt einstimmig, dieses Geschäft anzunehmen.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Auch die Fraktion Grüne unterstützt dieses Geschäft, insbesondere auch der Ersatz der Jahres-PraktikantInnen durch nicht diplomiertes Personal nach Intervention der kantonalen Arbeitsmarktkommission. Zu unserem Änderungsantrag, welchen Sie auf dem Tisch haben: die Fraktion Grüne beantragt mit diesem die Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Direktion Bau, Energie und Umwelt, da ein Handlungsbedarf besteht und wir nicht nur beschliessen können, etwas zu tun sondern auch die Ressourcen in der Umweltfachstelle dazu schaffen müssen. Es besteht bereits eine bis am 31.12.2020 befristete Vollzeitstelle zum Thema Biodiversität, d.h. momentan 200 Stellenprozente, jedoch per 2022 nur noch 100 Stellenprozente, was viel zu wenig ist, um etwas zu bewirken. Der Gemeinderat ist bereit, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und mit unserem Antrag wollen wir die Schaffung vorantreiben. Nach rechtlicher Abklärung stellt sich heraus, dass dies jedoch schwierig wird auf diesem Weg und zieht den Antrag zurück. Die Fraktion Grüne wird einen Vorstoss dazu einreichen, damit der Ablauf formell korrekt ist. Wir empfehlen das Geschäft anzunehmen.

Zimmermann Erwin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen betrachtet dieses Geschäft eher kritisch. Es ist einfach, neue Stellen zu schaffen, aber sie müssen auch finanziert werden. Die Stadt Biel befindet sich finanziell in einer nicht so guten Situation und deshalb schlagen wir vor, diese Stellenschaffungen um ein bis zwei Jahre hinaus zu schieben, um unsere Situation im Auge zu behalten und zu überlegen, welche Stellen wirklich notwendig sind.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die definitive Schaffung von 20,7 Stellen. Alleine in der Direktion Bildung, Kultur und Sport wird eine beträchtliche Anzahl von definitiven Stellen, deren 15,7, geschaffen. Dies sind nicht neue Stellen sondern auch bisherige, welche in definitive umgewandelt werden. Wie bereits von der GPK-Sprecherin Frau Frank erwähnt, fallen vorwiegend in der Direktion Bildung, Kultur und Sport Stellen an, da PraktikantInnen nur noch angestellt werden können, wenn sie Aussicht auf eine Lehrstelle haben, was auch wir vertreten. Auch fallen vier definitiv geschaffene Stellen in der Direktion Soziales und Sicherheit für die Ausländerbewilligungen und Einbürgerungen an und in der Präsidialdirektion eine Stelle, welche für die Stadtkanzlei- und planung vorgesehen ist. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt diese Stellenschaffungen, welche nötig sind, damit unsere Stadt funktionsfähig bleibt.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Bei der Vorbereitung unserer Fraktion für diesen Antrag auf knapp 21 Stellenschaffungen hatte ich persönlich ein «Déjà-vu», ich hatte das Gefühl, dies erst kürzlich besprochen zu haben, weshalb ich ins Archiv ging und das Protokoll von der Stadtratssitzung vom 18. Oktober 2017 gefunden habe. Das Geschäft dieser Sitzung war die Schaffung von 30 Stellen, der Beschlussesentwurf ist identisch bis auf die Zahlen, ich habe die Voten dazu nachgelesen und zitiere ein paar Fraktionskollegen: *«Die Fraktion FDP kann der Argumentation zur Schaffung der einzelnen Stellen Positives abgewinnen, vieles könnte sie aber auch kritisieren. Sie kommt aber zu einem anderen Schluss als der Gemeinderat. Bei einem Personalbestand von ungefähr 1'000 Vollzeitstellen und einem wachsenden Schuldenberg, der die Stadt schon bei einem nur geringen Zinsanstieg in grosse Schwierigkeiten bringen wird, kann von einer verantwortungsvollen Regierung erwartet werden, dass sie Synergien sucht und jedes Stellenwachstum kompensiert. 4% mehr Stellen sind zu viel. Die Fraktion FDP gelangte zur Einsicht, dass das nicht geht. Sie will diese Verantwortung nicht mittragen.»* Heute sind es ein bisschen weniger Prozente und dieses Votum stammt vom heutigen Stadtratspräsidenten Herrn Cadetg.

Weiter zitiere ich: *«Es ist ein grosses Problem, dass der Gemeinderat provisorisch Stellen schaffen kann. Was macht der Stadtrat, wenn diese provisorischen Stellen einmal geschaffen sind? Vorerst nimmt er sie höchstens im Budget zur Kenntnis, weil die Lohnkosten steigen. Es wird fast zu einem Automatismus, dass der Gemeinderat provisorische Stellen schafft. Dieses Problem muss im Rahmen der Totalrevision der Stadtordnung angegangen werden. Soll der Gemeinderat weiterhin provisorische Stellen schaffen können, wenn die Kompetenz zur definitiven Stellenschaffung beim Stadtrat bleibt?»*

Und so weiter und so fort....vor zwei Jahren haben wir dieses Thema in epischer Breite im Stadtrat diskutiert und die Argumente sind immer noch dieselben. Also läuft es wieder auf dasselbe hinaus, klar sind die Praktikumsstellen vom Kanton vorgegeben und unvermeidbar, jedoch betreffend der anderen Stellen fragt sich unsere Fraktion wieder, ob diese wirklich notwendig sind? Nach langer Diskussion hat die Fraktion - zähneknirschend - wie immer sich schlussendlich dazu entschieden, dem Geschäft zuzustimmen.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Lieber Herr Leuenberger, wenn ich das Protokoll von vor zwei Jahren rausnehmen würde, könnten sie darin lesen, dass ich gesagt habe, dass es «Inputsteuerung» sei, wenn wir an den Stellenschaffungen

«schrauben». Wir müssen auf anderen Ebenen «schrauben», wenn wir etwas «schrauben» wollen. Nach Besprechung in der Fraktion werden wir dem Geschäft grundsätzlich zustimmen, unsere Diskussion bezog sich eher auf die provisorischen Stellen. Auf der Liste steht provisorischer Gemeinderatsbeschluss 2017/2018, können wir davon ausgehen, dass diese Stellen, welche nun nicht definitiv geschaffen werden, im Jahr 2018 bewilligt wurden, da die Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist, um sie definitiv zu schaffen? Dies meine erste Frage, bei der Direktion Finanzen erfolgten auch Diskussionen, es fällt auf, dass bei den Liegenschaften 10,15 Stellen vorgesehen sind bei einem riesigen Arbeitsanfall und viele Liegenschaften und Land, welches bewirtschaftet werden muss, reicht dies? In der Logistik/Informatik sollen 1,5 Stellen geschaffen werden, sind dies nicht nur projektbezogene befristete Stellen, welche nicht in zwei Jahren in definitive umgewandelt werden? Bezüglich der Direktion Soziales und Sicherheit bin ich persönlich beruhigt, dass es vorwärts geht, insbesondere was die Einbürgerung sowie die Bearbeitung der Ausländerbewilligungen betrifft, damit die «Berge abgebaut» werden und auch der Empfang entlastet wird. Die Fraktion Einfach libres! wird dem Geschäft zustimmen und ich danke für die Beantwortung meiner Fragen.

Wiederkehr Martin, SP: Ich will mich zu den 900 Stellenprozent nichtdiplomierte Personal der Kindertagesstätten äussern, an welchen ich nicht unschuldig bin, da ich zusammen mit meinen Kolleginnen vom Amt für Berufsbildung bei der kantonalen Arbeitsmarktkontrolle Druck gemacht habe, damit sich die Situation endlich ändert. Die Situation ist nicht nur ein bernerisches sondern auch schweizerisches Problem, aber weshalb haben wir Druck gemacht? Wollen sie junge stellensuchende Frauen, welche drei oder vier Praktikum absolviert aber keine Stelle gefunden haben und uns mehr kosten als die Stellen, welche wir schaffen? Junge Frauen und Männer in diesem Bereich auszubilden und Ausbildungsplätze anzubieten, ist wesentlich und nicht Praktikumsstellen. Wir brauchen kompetente Personen, der Bedarf ist gross, welche unsere Kinder betreuen und die Stadt Biel hat gottseidank das Angebot erweitert. Auch die Wirtschaft benötigt junge Frauen, die beruflich tätig sind und sich in der Arbeitswelt engagieren, diese sind wichtige Ressourcen und dementsprechend benötigen wir die Kindertagesstätten jedoch mit kompetenten MitarbeiterInnen und nicht billigen Arbeitskräften wie PraktikantInnen. Zu Beginn meiner 10-jährigen Tätigkeit beim Amt für Berufsbildung habe ich festgestellt, dass wir sehr viele junge Frauen als Praktikantinnen haben, pro Kindertagesstätte drei bis vier, von welchen eine Lehrstelle erhält und die anderen drei müssen sich bei der regionalen Arbeitsvermittlung anmelden. Das ist keine Lösung und die öffentliche Hand muss als Vorreiter die Stellen schaffen, weshalb diese neun Stellen wichtig sind und in Zukunft wird es mehr brauchen. Ich finde, deshalb war der kantonale Druck notwendig, unser Genosse und Kollege Herr Möschler hatte damals kein Ohr dafür, weil er das Budget einhalten musste, weshalb es um diese Stellen erhöht werden muss.

Brunner Thomas, EVP: Was das «Zähneknirschen» anbelangt, schliesse ich mich meinem Vorredner Herrn Leuenberger im Wesentlichen an, es ist heikel, wenn wir so vorgehen müssen, auch in Zukunft. Zu einer 50%-Stelle erlaube ich mir eine kritische Anmerkung, weil ich sie vom Text her in einer Einzelabstimmung so nicht akzeptieren könnte, im Gesamten, wie von Herrn Wiederkehr gesagt, sind die Stellen sinnvoll und zu bewilligen. Betreffend der angesprochenen Stadtplanungs-Stelle, 50% Projektleitung Wohnbaugenossenschaften, bemängle ich, dass sich diese Stelle auf bereits abgeschlossene Projekte bezieht und die aktuelle Begründung für die

Schaffung sich lediglich darauf bezieht, es langfristig zu ermöglichen, Unterstützungsaufgaben für die Wohnbaugenossenschaften zu übernehmen. Für mich ist dies keine klare Aussage, mir wäre ein Hinweis auf das verabschiedete Reglement bzw. die Verordnung wichtig, sollen Aufgaben übernommen werden? Ein paar konkrete Antworten bezüglich wie weiter wären angebracht. Als Verfechter von Eigenverantwortung gehe ich davon aus, dass für weitere Projekte die Wohnbaugenossenschaften in Pflicht genommen werden und die Stadt nicht mehr die Projektführung übernehmen und unterstützen muss, da die Gesamtplanung ja erfolgt ist. Deshalb bin ich über die schlechte Begründung für die Schaffung dieser Stelle enttäuscht, werde aber trotzdem «zähneknirschend» zustimmen und danke für die Beantwortung meiner Fragen.

Augsburger-Brom Dana, SP: Herr Leuenberger, sie haben uns vorher aus dem Protokoll vom 18. Oktober 2017 zitiert und bemerkt, dass die Situation heute immer noch so sei. Immer noch so ist aber auch, dass es bereits existierende provisorische Stellen sind, für welche die Arbeit vorhanden und das Personal am arbeiten ist, und die nun in definitive umgewandelt werden, da immer noch notwendig. Stellenprozente können nicht einfach so abgekoppelt betrachtet werden, sie sind nötig, wenn eine gewisse Arbeit erledigt werden muss, eine Dienstleistung der Stadt, Aufträge, welche erledigt werden müssen. Wenn der Stadtrat Vorstösse einreicht, welche einen Mehraufwand produzieren, fordern wir, dass die Stellenprozente zur Verfügung gestellt werden, damit diese bearbeitet und erledigt werden. Wenn sie die Stellen von diesem Geschäft nicht schaffen wollen, müssen sie zuerst abklären, welche Dienstleistung der Stadt bei einer Nichtschaffung betroffen ist und kann die Stadt darauf verzichten. Wollen wir weniger Betreuende in den Kindertagesstätten/Tagesschulen haben? Dies mein Einwand resp. meine Überlegung zu dem Geschäft, die Aufträge müssen erledigt werden, niemand ist unterfordert, wie gesagt, wir unterstützen diese Umwandlung der Stellen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Betreffend der Stellen für die Kindertagesstellen möchte ich zum Votum von Herrn Wiederkehr etwas sagen: die Umsetzung der Stadt Biel dieses Regulatoriums ist ein Paradebeispiel dafür, wie etwas gut gemeint aber nicht so gut gemacht ist. Gut gemeint ist, keine billigen Arbeitskräfte mehr anzustellen, wie eben niemand das will, jedoch ist das Regulative, dass eine Praktikant*in nun nur noch ein halbes Jahr resp. nur bei Erhalt eines Ausbildungsplatzes weiter ein ganzes Jahr beschäftigt werden darf. Was tun die privaten Betreiber? Das Budget erhöhen wie die Stadt Biel? Eher nicht, da finanziell nicht möglich. Also nehmen sie zwei Praktikant*innen und der bessere wird ausgebildet, was den Druck auf sie erhöht. Es ist ein gut gemeintes Regulatorium, welches nicht gut ausgeführt wurde. Die Stadt Biel nimmt dafür gar keine Praktikant*innen mehr sondern schafft Stellen, durchaus eine Option. Unsere Fraktion ist nicht der Meinung, dass der Stadtrat zuständig ist, diese Fragen zu beantworten sondern wir müssen im Budget festhalten, welche Beträge wir für welche Aufgaben zugesprochen haben wollen und diese Stellenschaffungsunterlagen müssten in den Budgetprozess eingebunden sein und dem Parlament entzogen werden.

Bohnenblust Peter, FDP: Eine Bemerkung zum Votum von Frau Augsburger-Brom: wenn sie die Protokolle der Stadtratssitzungen der letzten zwei, drei Jahre nachliest, sind immer wieder bereits provisorische Stellen in definitive umgewandelt worden, das ist der «Clou». Der Stadtrat ist nicht mehr kompetent für die Stellenschaffungen, da der

Gemeinderat dies erledigt, weshalb müssen wir noch zustimmen, wenn die Stellen bereits geschaffen sind? Die Schaffung von provisorischen Stellen müsste bereits in der Kompetenz vom Stadtrat liegen, damit dieser überhaupt etwas dazu zu sagen hat. Der Gemeinderat findet immer eine Begründung für die Schaffung einer provisorischen Stelle, dafür müssen keine höheren Gesetze definiert sondern nur die Praxis angeschaut werden. Aus diesem Grund müsste dies auch in der Stadtordnung Thema sein oder als Reglement.

Frank Lena, Grüne: Ich will noch reagieren auf das Votum von Frau Gurtner-Oesch betreffend der Praktika: das Regulatorium ist nicht wirklich «griffig», ich bin damit einverstanden, jedoch ist es zu wenig ausführlich. Seit der Einführung der Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse (EFZ) sind keine Praktika vor einer Berufslehre mehr vorgesehen, d.h. im Berufsbildungssystem bedarf es keines Praktikums vor einer Berufslehre. Wenn jemand Einblick in einen Beruf haben möchte, ist dies kein Problem, denn es können ein bis zwei Wochen Schnupperpraktika absolviert werden, während welchen hervorgeht, ob der Beruf passt oder nicht. Ausser ein Praktikum ist Teil einer Ausbildung, gibt es keinen Grund mehr, noch Praktika anzubieten. Denn sind wir ehrlich: jede PraktikantIn ist in einer Kindertagesstätte eine billige Arbeitskraft, welche durch eine Fachkraft ersetzt werden sollte.

Grupp Christoph, Grüne: Bezüglich dem Votum von Herrn Brunner betreffend der Stellenschaffung im Bereich Wohnbaugenossenschaften habe ich Folgendes anzumerken: der Enttäuschung über eine solche Stellenschaffung ist entgegen zu setzen, dass diese Stelle in Absicht der Stadt geschaffen wurde und nicht die Wohnbaugenossenschaften diese wegen Intensivierung der Planungen beantragt haben. Die Stadt hat in ihrer Wohnbaupolitik resp. eine überwiesene Initiative, welche es umzusetzen gilt. Ursprünglich ist also die Stadt Biel klar der Auftraggeber für die zu erledigenden und den Wohnbaugenossenschaften aufgebürdeten - im positiven Sinn - Arbeiten, welche zu Veränderungen für diese führt. Zudem stammt die Finanzierung dieser Stelle zum Teil aus den erhöhten Zinsen der neuen Baurechtsvergaben, also finanzieren sich die Wohnbaugenossenschaften - entgegen ihrer Aussage - die Stelle selbst, ausser dass sie sie nicht in ihrem Namen schaffen.

Suter Daniel, PRR: L'évolution des finances de la Ville de Bienne est tout à fait préoccupante. On se dirige dans la mauvaise direction, notamment en ce qui concerne les charges du personnel, qui explosent depuis trois ans. La conséquence est qu'il ne faudra créer que les postes qui sont absolument indispensables. Il faudra renoncer à la création de postes qui ne sont vraiment pas nécessaires, comme l'a très bien dit Madame Gurtner-Oesch. J'ajoute à cela qu'il y a deux ans, environ, le Conseil de ville a alloué un crédit afin de renouveler le système informatique de la Ville, je parle de «eDoc». Certaines voix avaient exigé que l'on supprime quelques postes, étant donné que ce système permettrait un gain de productivité. Cette demande n'avait pas été suivie par le Conseil de ville mais, aujourd'hui, on pourrait s'attendre au moins à ce que l'état des postes soit stable, grâce à ce nouveau système informatique.

J'ai comparé le rapport présenté ce soir avec celui présenté l'année précédente. J'ai pu constater qu'à la Chancellerie municipale, un poste à 50% a été créé définitivement. Aujourd'hui, une nouvelle création de poste de 0.50 est proposée pour ce même service. Cet état de fait peut être remarqué dans plusieurs départements et je ne vais donc pas tous les énumérer. Chaque année des demi-postes sont demandés et

acceptés sans réelle discussion. Cela ne peut pas continuer ainsi! Dans le domaine de la sécurité, 2.50 postes avaient été créées. Cette année, on va créer quatre nouveaux postes et quatre autres postes sont déjà créées provisoirement, qui devront certainement être acceptés l'année prochaine. Nous savons que dans ce domaine, il y a énormément d'heures supplémentaires qui sont effectuées pour le traitement des dossiers, mais ce n'est pas viable de continuer à créer des postes à l'infini. Je refuserai ces propositions de création de postes, sauf en ce qui concerne les postes importants.

Brunner Thomas, EVP: Ich bin auch im Vorstand einer Wohnbaugenossenschaft und unterstütze grundsätzlich den Wohnbaugedanken. Im Bezug auf die Begründung der Stelle frage ich mich, was genau ist deren Zweck bzw. was ist die genaue Aufgabe dieses Mitarbeitenden in den nächsten Jahren? Z. Bsp. im Bezug auf das Reglement oder die Verordnung, auf zukünftige Projekte, was ist genau geplant? Vorallem weil es um einen Antrag für die Zukunft geht und nicht um vergangene abgeschlossene Projekte.

Wiederkehr Martin, SP: Frau Gurtner-Oesch, Mutter Teresa hat dieses Wochenende zugeschlagen! Es ist wahnsinnig, dass sich heute noch Frauen stark machen für Praktikantinnen, es sind vorallem Frauen. Es gibt keinen Männerberuf, für welchen Praktikanten angestellt werden. Ausser im Studium als Jurist oder Arzt. Aber nach der Schule anstatt eine Lehrstelle einmal ein Praktikum zu suchen, in einem Beruf für welchen ich eine Lehre absolvieren kann, dies existiert in den Frauenberufen. Lange Zeit hiess es in den Pflegeberufen: *«Du musst ein Praktikum machen.»* Alle müssen ein Praktikum machen, weshalb, Frau Gurtner-Oesch, müssen die Frauen so viele Praktika machen, bevor sie in die Berufsbildung einsteigen können? Die Männer benötigen das nicht, ich denke doch, die Frauen wollen dies grundsätzlich auch nicht.

Heiniger Peter, PdA: Ich fasse mich kurz, zuerst als PdA-Sprecher: darf man eine Stadt als Profitcenter anschauen? Nein, sicher nicht. Wir schaffen notwendige provisorische Stellen, die Mitarbeitenden erledigen ihre Arbeit und haben keine Jobsicherheit, ist dies ein attraktiver Arbeitgeber? Aus Sicht des Arbeitsmarktes ist eben auch ein wirtschaftlicher Aspekt zu berücksichtigen. Sobald sich ein Mitarbeitender eingearbeitet hat und danach wieder gehen muss, verschwindet sein Wissen. Ich will, dass diese Stellen klar definiert und nicht als provisorische sondern definitive geschaffen werden. Dieses Zusammenstreichen von Stellen, obwohl wir wissen, dass Engpässe in der Stadtverwaltung bestehen, dafür sollten nicht immer Limiten gegeben sein. Ich unterstütze auch den Änderungsantrag der Grünen bezüglich der Schaffung einer zusätzlichen Fachstelle Umwelt in der Direktion Bau, Energie und Umwelt, und stimme dem zu.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Heiniger, der Antrag der Grünen wurde zurückgezogen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das war eine interessante aber auch erstaunliche Diskussion, da ich nicht sicher war, ob wir alle dieselben Unterlagen auf dem Tisch und dasselbe zusammen erlebt haben in den letzten Jahren. Der Gemeinderat ist restriktiv bei der Schaffung von neuen Stellen und wenn Herr Brunner uns Salami taktik vorwirft, weil es um 0 Stellen geht, dann habe ich ein schlechtes Gefühl demgegenüber, da der Gemeinderat nur die wirklich nötigen Stellen schafft - eben die 0 - auch wenn es oft einfacher wäre, 100%-Stellen zu schaffen. Dies ist der Beweis, dass der Gemeinderat

sorgfältig und präzise vorgeht dabei. Im weiteren ist es nicht ein Ziel für sich, möglichst viele Stellen zu haben, der Gemeinderat misst sich nicht an der Anzahl seiner Mitarbeitenden. Aber die Stadt wächst und muss dadurch mehr Aufgaben erfüllen, welche direkt proportional mit dem Bevölkerungswachstum zusammen hängen. Andere Aufgaben haben mit der sozio-demographischen Entwicklungen zu tun, die Anzahl der Kinder pro Familie wächst und es hat mehr Familien in der Stadt, was wiederum im Schul- und Vorschulbereich eine höhere Nachfrage zur Folge, welche befriedigt werden muss. In den letzten Jahren hat die Stadt massiv in die Infrastrukturen investiert, welche unterhalten werden müssen, und und und.....es geht nicht darum, im Luxus zu schwelgen. Eine attraktive Stadt setzt jedoch einen attraktiven Service Publique in den verschiedensten Bereichen voraus und wenn die Stadt wächst, dann auch ihre Aufgaben. Kommt dazu, dass im Bereich der Lastenverteilung, z.B. des Vormundschaftswesens (KESB) mehr Personen unterstützt werden müssen, es gibt mehr ältere Leute, welche keine Familie haben und nicht mehr selbständig leben können. Oder Familien mit Kindern, welche in jungen Jahren in Schwierigkeiten geraten. Diese Stellen braucht es, auch im Sozialen, wo genauso Beispiele genannt werden können. Im weiteren erfolgen Aufträge aus der Politik, aus dem Stadtrat, aus dem Volk, dies sind - absolut legitim - gewollte politische Aufgaben, die erfüllt werden müssen und zu neuen Stellen führen. Aber Herr Suter, «explorer» tut es nicht, diese Aussage erstaunt mich.

Und zum Thema «eDoc», welches sie zur Sprache gebracht haben, das eine Plafonierung oder ein Rückgang der Stellenschaffung bewirken sollte: ein Beispiel dazu: im Ratssekretariat könnte gespart werden, da weniger Akten kopiert werden müssen, aber wie der Stadtratspräsident gesagt hat, hat dieses auch viel zu tun und ist mit der Arbeit im Rückstand, das ist die Realität. Die Digitalisierung führt dazu, dass Ressourcen frei werden, die für andere neu dazu kommende Aufgaben benötigt werden. Direkte Ersparnisse daraus zu erzielen, ist unrealistisch. Jedoch ist der Zugriff auf die Anwendung durch die Digitalisierung einfacher geworden, Herr Leuenberger kann die alten Protokolle und Voten schneller finden, jedoch dadurch Stellen abzubauen ist utopisch. Es gab ein Mal einen Stellenabbau durch Mechanisierung, im Bereich Strasseninspektorat/Stadtgärtnerei, bei welchem vor mehr als 20 Jahren über 40 Stellen abgebaut wurden. In unserer Fraktionssitzung am Montag wurde behauptet, dass 40 Mitarbeitende entlassen wurden, was nicht stimmt, sondern im Verlauf der Mechanisierung wurden Stellen nicht mehr besetzt und der damalige Baudirektor Herr Haag hat diese aus dem Stellenplan streichen lassen, was zu der Zeit funktioniert hat. Aber mit der Digitalisierung läuft es nicht so, Herr Suter. Die Aussage, dass die Finanzierung dieser Stellen geprüft werden muss, ist absolut korrekt und klar. Sehr wahrscheinlich wird es auf einen Kompromiss zwischen den für den Service Publique nötigen und den finanzierbaren Stellen hinaus laufen, die Wahrheit liegt wohl wie meistens in der Mitte. Nicht einverstanden bin ich mit dem Vorwurf, dass wir Stellen schaffen zum «nice to have», sie dürfen gerne bei meinen GemeinderatskollegInnen, den AbteilungsleiterInnen und Mitarbeitenden der Stadt nachfragen, wenn sie mehr über die Situation wissen wollen.

Etwas zur Funktionsweise des Stellenbeschaffungsprozesses: dies ist ein uraltes System, welches wir erstmals nächsten Monat im Zusammenhang mit der neuen Stadtordnung hinterfragen können. Dieses System hat vorgesehen, dass der Gemeinderat aufgrund seiner Nähe zum operativen Geschäft, Stellen provisorisch für zwei Jahre schaffen kann, um abzuklären, ob es die Stelle braucht, sie sich bewährt

und die gewünschte Wirkung erzielt wird und nach zwei Jahren wird es eine definitive Stelle, falls der Gemeinderat diese nicht als unnötig befindet, also eine Art Testphase. Wie von Herrn Heiniger erwähnt, ein nicht immer einfaches Unterfangen, Personal befristet einzustellen, da theoretisch das Risiko besteht, dass der Stadtrat die Stelle nicht bewilligt. Der Stadtrat hat sich aber auch vorbehalten, «übers Kreuz» zu steuern, d.h. über die Finanzierung und den Stellenplan. Im Zusammenhang mit der neuen Stadtordnung kann durchaus diskutiert werden, ob wir uns nicht nur auf ein Steuerungsinstrument beschränken wollen, da die Komplexität hoch ist und sich daraus vielleicht ein gewisser Frust entwickelt. Bezüglich ihrer Fragen, Frau Tennenbaum: der Bericht über die Stellenschaffungen/-streichungen ist keine jährliche Generalanalyse über die notwendigen Ressourcen sondern formell die Frage, ob sich die provisorischen Stellen bewährt haben und sollen sie definitiv geschaffen werden, was meistens auch geschieht.

Bezüglich dem Disput zwischen den Herren Grupp und Brunner: ich bin immer wieder erstaunt über das schwache Erinnerungsvermögen im Stadtrat. Wir hatten hier viele Diskussionen zum Thema «Wohnbaugenossenschaften», in welchen wir festgehalten haben, dass wir tausende von Wohnungen in Baurechtsparzellen der Stadt haben, grösstenteils aus den späten 40/50/60er Jahren, für die die Finanzdirektorin regelmässig Verlängerungen der Baurechtsverträge beantragt, für die Umsetzungskonzepte anhand der Modellvorhaben für Siedlungen erstellt wurden, welche nun ausgeführt werden müssen. Und, Herr Brunner, die Stadt hat als Grundeigentümerin und aus gesellschaftlicher Sicht Interesse daran, Einfluss zu nehmen. Also geht die Arbeit weiter und wird im Zusammenhang mit der Schaffung der Spezialfinanzierung, auf welche Herr Grupp zu Recht verwiesen hat, sowie dem Erlass der Reglemente wiederholt dargelegt. Die Idee ist immer dieselbe: die Stadt erbringt einen Teil der Leistungen, begleitet die Wohnbaugenossenschaften in diesem Prozess und die Finanzierung von Wettbewerbsverfahren, Planungsprozessen, circa CHF 200'000 - 300'000 pro Siedlung, erfolgt immer paritätisch. Die Leistung der Stadt besteht in der Regel aus einer Projektbegleitung und -führung, damit die Entwicklung in diese Richtung geht, wie wir sie haben wollen. Sie müssen wissen, dass nicht alle Wohnbaugenossenschaften gleich organisiert sind. Die einen könnten diese Projekte alleine durchführen und die anderen ebenso, aber nicht in unsere Richtung. Jedoch kann nicht alles über den Baurechtsvertrag oder die Zielvereinbarung geregelt werden, da nicht alles voraussehbar ist. Dann gibt es verschiedene kleine Wohnbaugenossenschaften, welche im Milizsystem geführt werden und zum Teil nicht alle die Elemente kennen können, welche es benötigt, um eine intelligente Erneuerungsstrategie und -planung durch zu ziehen. Genau dafür braucht es diese Stelle und nicht um das Reglement oder die Verordnung zu erlassen, nach dem Modellvorhaben geht es nun zusammen mit den Wohnbaugenossenschaften gestützt auf die Siedlungen an die Umsetzung. Wir sind davon ausgegangen, dies sei dem Stadtrat so bekannt und meines Erachtens ist die Stelle somit auch begründet. Ich bin froh, wurde der Antrag der Fraktion Grüne zurück gezogen, damit wir den ordentlichen Prozess einhalten können, der Gemeinderat hat zum Vorstoss zu diesem Thema ja bereits seine Bereitschaft, in die richtige Richtung zu gehen, signalisiert.

Brunner Thomas, EVP: Nur zum Erinnerungsvermögen: es gibt Personen, welche keine Berufspolitiker sind und auch dem Stadtrat noch nicht so lange angehören. Dementsprechend wäre es legitim, wenn für diese Leute und die etwas Vergesslicheren eine chronische Auflistung dazu abgeben würde.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich danke dem Stadtpräsident für seine Ausführungen und dass er die Situation ähnlich unbefriedigend sieht. Ich war nur ein wenig überrascht über sein Beispiel der Stelleneinsparung. Ihm sind sehr wahrscheinlich die Aufgaben und Arbeiten des Ratssekretariats nicht mehr so bekannt wie früher.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. August 2019, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe j der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Unter Vorbehalt der Annahme des Voranschlages der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2020 durch die Stimmberechtigten der Stadt Biel werden auf den 1. Januar 2020

1.00 Stellen in der Präsidialdirektion (Stadtkanzlei, Stadtplanung)

4.00 Stellen in der Direktion Soziales und Sicherheit (Öffentliche Sicherheit)

15.70 Stellen in der Direktion Bildung, Kultur & Sport
(Schule & Sport, städt. Betagtenheime)

definitiv geschaffen.

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

186. 20190162 Finanzplan 2021-2023 (Planjahre 2021 – 2023 und Investitionsplanung 2020 – 2029)

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich will in Erinnerung rufen, wie der Beschlussesentwurf aussieht: wir nehmen den Finanzplan zur Kenntnis genauso wie die Investitionsplanung. Jede/r kann jedoch zu den Ausführungen pointiert Stellung nehmen, aber es können keine Anträge gestellt werden.

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Besten Dank an die Finanzdirektion für die Erarbeitung dieses an Einbettungen reiche Dokument, wie jedes Jahr kann die/der interessierte LeserIn den diversen Kapiteln Spannendes entnehmen wie z. B. die rechtliche Grundlage, das wirtschaftliche Umfeld und zukünftige Regulatorien. Seit dem letzten Bericht aus vergangenem Jahr hat sich die nahe Zukunft nicht verändert, die finanzielle Lage ist nach wie vor noch desolat. Der mutigen Aussage im Bericht, dass sicher keine Anzeichen für eine Rezession bestehen, kann nur zugestimmt werden, da dazu angemerkt «unmittelbar»... Es ist so, dass es unserer Wirtschaft in diesem Jahr gut geht und wir hoffen, dies sei auch 2020 so, die Stadt Biel täte gut daran, sich «fette» Polster für die schlechteren Jahre anzusparen. Die Finanzplanung sieht drei Varianten vor: Szenario Basis, Optimistisch und Pessimistisch, alle drei Szenarien zeigen rote bis tiefrote Ergebnisse. Die Differenz zwischen den Szenarien beträgt CHF 10 Mio., leider fehlen den Szenarien die inhaltlichen Voraussetzungen, um zu wissen, was sich materiell ändern, damit die Szenarien wechseln, es ist nicht davon auszugehen, dass dies eine nur rein finanzielle Betrachtung ist. Vier Gründe für die kontinuierliche Verschlechterung der Ergebnisse sind zum einen die wachsende Zunahme vom Personalaufwand, die automatische Erhöhung der Abschreibungen durch die

Eigenfinanzierung der Stadt von weniger als 20%, die steigende Zinsbelastung durch die hohe Fremdfinanzierung und zum anderen tendenziell sinkende bzw. stagnierende Steuererträge und andere Erträge, die Verschuldung wächst weiter. In der Investitionsplanung sind weitere Investitionen vorgesehen, welche für die GPK zu hoch sind und auch die Investitionen Priorität 4 und 5 aus dem letzten Jahr sind nicht mehr ausgewiesen, womit die Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist, der Gemeinderat kann uns sicher den Grund dafür nennen.

Der aktuelle Kapital- und Finanzmarkt ist schuldnerefreundlich, der Gemeinderat geht davon aus, dass dies so bleibt, aber die Schulden nehmen zu und wir vererben diese an die nächste Generation weiter, Geld ist billig, was nicht unter dem Begriff Nachhaltigkeit stehen gelassen werden kann. Ein Satz aus dem Bericht ist uns aufgefallen, ich zitiere: *«Die Frage, wie und mit welchen Mitteln ein Wachstum der Verschuldung begrenzt werden kann, wird zukünftig noch an Bedeutung gewinnen.»* Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Bedeutung der Verschuldung an einem «hohen Ort» und die Gewichtung zur Bekämpfung schon heute an einem «hohen Ort» sein sollte und dies nicht noch gewichtiger werden sollte, dies gefällt uns gar nicht. Im Kapitel «Ausblick» sind die Ausführungen der Abhandlung dürftig, der Gemeinderat berichtet über die Massnahmen zur Beendigung vom Aufwandwachstum,

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie le Conseil municipal et spécialement le Département des finances pour l'élaboration du Plan financier 2021-2023. Le rapport est de bonne qualité et le rappel de la base légale est utile. Par contre, la liste des investissements sous forme papier est simplement illisible pour mes yeux. Autant renoncer à imprimer cette liste et la transmettre sous forme électronique. Même si le plan financier est de la compétence du Conseil municipal, ce document est essentiel pour l'avenir des finances de notre Ville, donc sa capacité de mettre en oeuvre ou pas les quelques politiques publiques encore de sa compétence.

Notre groupe peut constater qu'une grande partie du budget dépend du rang supérieur et des dégradations, qui ont des causes exogènes. Notre poids au niveau cantonal devrait être renforcé, entre autre, par le double mandat. Les nouveaux investissements sont nécessaires et souhaitables pour garantir, à long terme, l'attractivité de notre Ville, même si les amortissements sont lourds car, ne pas investir pourrait coûter plus cher: *«Qui ne se développe pas, régresse.»* Par contre, il faut éviter de planifier 40 millions de fr. comme les années précédentes et n'en réaliser que 20 millions de fr. Nous estimons 7 à 8 millions de fr. d'autofinancement possible à réaliser chaque année sur un budget. Cela signifie environ 10 millions de fr. d'augmentation de dettes en investissant 20 millions de fr. par année. Ce volume paraît raisonnable. Moins d'investissements ne serait pas bien pour le développement nécessaire à notre Ville. Toutefois, investir plus n'est pas financièrement responsable. Nous profitons pour rappeler que sur chaque projet, il faudrait faire plus d'efforts pour avoir des solutions moins luxueuses et garder les coûts sous contrôle. La priorisation ne me paraît pas aboutie dans la version du plan financier. Je constate une différence entre les valeurs consolidées et les investissements déclarés. Je souhaiterais savoir si le Conseil municipal a une explication?

Les amortissements liés aux investissements effectués jusqu'à ce jour sont un autre facteur mécanique et automatique de la croissance des charges venant grever les comptes de la Ville (+ env. 2 à 3 millions de fr. par année). Les crèches, l'informatique

scolaire vont continuer à péjorer le budget, sans parler d'une éventuelle hausse des intérêts, qui serait très grave. Heureusement, ce n'est pas une hypothèse qui vient à court terme, mais cela devrait venir à moyen terme. Un déficit conjoncturel ne serait pas problématique. Actuellement, la conjoncture est favorable et utiliser de la cosmétique comptable par des financements spéciaux pour atteindre la neutralité ne peut fonctionner qu'à court terme. Il faudra changer cela car nous nous dirigeons, comme c'est écrit dans le rapport, vers un déficit structurel important et cela nous impose à prendre des mesures.

L'idée d'une augmentation des impôts pourrait peut-être surgir, mais il faut être réaliste. Pour les entreprises, ce n'est que 20% des revenus des personnes morales qui se réalisent. Nous ne souhaitons pas taxer plus les PME, qui auraient avantage à déménager leur siège fiscal dans une autre commune. La créativité pour de nouvelles politiques sociales, plus écologiques et autres ne manque pas. C'est positif, mais nous espérons que cette même énergie soit engagée pour trouver des mesures d'économie dans des domaines moins prioritaires. En revendiquant la dépense de 1 fr. supplémentaire, il faudrait imposer l'obligation de trouver le financement de ce franc.

Je pense qu'il faut agir dans sur trois axes: contrôler les coûts au niveau du personnel, plafonner à 20 millions de fr. les investissements par année et mieux les répartir dans le temps, défendre nos intérêts de manière plus active au niveau du Canton, qui essaie sans arrêt de transférer des coûts sur les communes.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Zuerst will ich mich beim Gemeinderat für die Ausarbeitung des Finanzplans und die erhaltene Lektüre bedanken. Es stellen sich mir einige Fragen im Zusammenhang mit der Planung aber auch den Stellenschaffungen, welche aus meiner Sicht leider angenommen wurde, was ein Fact ist, aber das Votum des Volkes muss ja respektiert werden. Den Auswirkungen der Stellenbeschaffungen wird Rechnung getragen, allerdings wird auch erwähnt, dass die Steueranlage bei 1,63 belassen werden und Frau Gurtner-Oesch hat vorher von den optimalen, schlechteren und weniger guten Perspektiven gesprochen, welche wir haben. Bei allen drei Varianten wird die Beibehaltung des Steuersatzes erwähnt. Das bedeutet, dass eine Kompensation der Stellenschaffungen, welche einen Steuerausfall für die Stadt Biel sind, nur durch Sparübungen erreicht werden kann. Gleichzeitig wird im selben Dokument erwähnt, dass die Stadt einen Investitionsstau bei der Infrastruktur hat, was heisst, falls wir diese Steueranlage sakrosankt bei 1.63 stehen lassen, dass Projekte nicht durchgeführt werden können, weil die Kompensation der Stellenschaffungen nicht mit einer Erhöhung der Steueranlage eingeplant ist. Es ist mir bewusst, dass Steuererhöhungen schwer zu verkaufen und nicht populär sind, aber dass sich die Stellenschaffungen negativ auf die Steuereinnahmen auswirken werden, ist hoffentlich im Stadtrat allen klar. Diese Kompensation kann nicht durch Sparübungen erfolgen sondern muss klar aufgeführt sein, da wir aus diesem Investitionsstau rauskommen müssen und dies so rasch wie möglich.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Finanzplan bietet nicht viel Neues, er zeigt dasselbe Bild, welches wir schon lange kennen und der Ausblick ist schlechter und nicht besser. Das betriebliche Ergebnis, siehe Budget, liegt bei minus CHF 10 Mio., die Stadt hat also in der operativen Tätigkeit CHF 10 Mio. minus erarbeitet, im Budget sind es sogar CHF 20 Mio., Tendenz CHF 25 Mio. Verlust. Diese Situation kann nur durch Sonderefforts gerettet werden: dem Finanzmarkt mit tief

bleibenden Zinsen sowie dem Energie Service Biel (ESB), welcher pro Jahr CHF 13 bis 15 Mio. einbringt. Also ist die Stadt von beiden Märkten in grossem Masse abhängig und hat keinen Einfluss darauf. Die Investitionen werden fremdfinanziert, wenn ich heute von CHF 20 bis 30 Mio. ausgehen, stehen wir in 10 Jahren bei CHF 1 Mia. Verschuldung, was bedeutet, dass jede/r Bieler BürgerIn CHF 18'000 Schulden mittragen würde. Und nur zur Erinnerung: die Banken können von heute auf morgen den Geldhahn zudrehen, in Griechenland war nichts mehr zu retten und die Stadt Biel könnte nicht so rasch reagieren. Der Gemeinderat zeigt im Finanzplan in den letzten Jahren keine Lösungen auf und kommt seinen Pflichten nicht nach und nächstes Jahr sind Wahlen, somit können wir auch den Finanzplan so zur Kenntnis nehmen, da niemand Steuererhöhungen oder Sparmassnahmen vorschlagen wird. Ausserdem spekuliert der Gemeinderat damit, dass er nicht mehr im Amt ist resp. in der letzten Amtsperiode, weil danach die Amtszeitbeschränkung besteht und somit muss der nächste Gemeinderat das Problem lösen. Und dies stört mich eigentlich an der ganzen Sache, denn der Gemeinderat muss Lösungen aufzeigen, mit Steuererhöhungen sowie Sparmassnahmen ist es möglich und es muss jetzt sein und richtig umgesetzt werden. Nicht so wie bei der letzten Massnahmen der nachhaltigen Haushaltssanierung (NHS), bei welcher die Steuererhöhung umgesetzt wurde, aber bei den Sparmassnahmen hat der Gemeinderat von einzelnen Direktionen während der Debatte diese in Millionenhöhe zurück gezogen, womit die Hälfte resp. ein Grossteil der Massnahmen gar nicht umgesetzt wurde. Die restlichen Massnahmen wurden in der letzten und aktuellen Legislatur von der linken Seite wieder aufgehoben. So kommen wir nie aus dem Dilemma und die Klimaschützer reden immer von Zukunft. Welche finanzielle Zukunft wollen wir der nächsten Generation der Bieler BürgerInnen überlassen? Sollen sie das von uns verursachte Problem lösen? Sobald die Banken uns keinen Kredit mehr gewähren, gibt es eine nicht anzustrebende Lösung, um wieder zu Geld zu kommen: der Verkauf unserer materiellen Güter wie z.B. unserer Grundstücke. Ein gutes Beispiel dafür ist die Swissair, welche um zu überleben viele profitable Unternehmensteile verkaufen musste. So wird es der Stadt Biel auch ergehen, wenn kein Geld mehr fliesst und der Stadtrat ist aufgefordert, sich ernsthaft Gedanken zu machen, wie es mit den Finanzen der Stadt Biel weitergehen soll.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Zum Voraus will ich doch eine gewisse Irritation über die Umkehrung der Traktanden erwähnen, nicht dass ich nicht offen für Neues bin, jedoch hat alles seine Logik, dass zuerst über die Stellenschaffungen, danach über das Budget und schlussendlich den Ausblick diskutiert wird. Nach der Verabschiedung des Budgets ist klar, welche Auswirkungen dies für die Zukunft haben wird. Das Ganze kann natürlich auch umgekehrt debattieren, jedoch ist es für mich nicht klar, was der Grund dafür ist. Die Überlegungen des Gemeinderats im Finanzplan sind gemacht, sie liegen auch dem Budget zu Grunde und da bedarf es keiner Korrekturen unsererseits.

Nun zur Aussage des Finanzplans, ich bin mit den bürgerlichen Rednern einverstanden, dass die finanzielle Situation und die Perspektiven der Stadt Biel schwierig sind. Im Finanzplan sind «Verschönerungen» vorgenommen worden, die Prioritäten 4 und 5 wurden aus dem Investitionsplan entfernt (auf Seite 24 des Finanzplans erklärt) und somit zukünftig zu erwartende Kosten ausgeblendet, was den Finanzplan nicht realistischer macht, fragt sich, wie der Gemeinderat so eine Aussage tätigen kann. Eine gewisse Diskrepanz besteht auch darin, dass die Stadt Biel seit der Expo 2002 einen Bevölkerungswachstum von circa einem Prozent pro Jahr verzeichnet, wodurch die Aufgaben der Stadt wachsen und wie bei jedem

Unternehmen auch die Ausgabenwachstum entsteht. Jedoch ist die Situation in der Stadt Biel so, dass trotz dieser Grösse kein Einnahmenwachstum entsteht, was fundamental nicht schlüssig ist. Es eine sehr schwierige Situation, da sollten wir uns einig sein. Auch dass die grosse Bautätigkeit für neue Infrastruktur, Strassenbau etc., welche die Stadt viel kostet trotz der Beteiligung der Bauherren, unter dem Strich keine Einnahmenserhöhung generiert, ist nicht logisch und für mich nicht verständlich. Somit muss die Einnahmensseite einer Korrektur unterzogen werden, d.h. der Steuerfuss von 1.63 kann nicht beibehalten werden, wenn die weiteren Einnahmeneinbussen erfolgen und wir nur noch auf «Pump» investieren können. Dies ist für ein Staatswesen unmöglich und inakzeptabel, da sind wir und die Bürgerlichen uns einig.

Noch eine Frage an den Gemeinderat resp. die Finanzdirektion: es wurden nun gewisse Einnahmenseinbussen durch die Stellenschaffungen skizziert, jedoch ist bekannt, dass die Liegenschaften neu bewertet werden und es interessiert mich, ob es bereits diesbezüglich eine Einschätzung gibt, ob ein Einnahmenswachstum in diesem Bereich zu erwarten ist.

Wenn schon die Traktanden in dieser Reihenfolge debattiert werden, verweise ich noch auf das Budget: wenn die Diskrepanz von fehlenden Einnahmen auch in Zukunft aufpoliert und andererseits die steigenden Ausgaben vor Augen hat, kann es nicht sein, dass der Verwaltung mehr Mittel entzogen werden, wenn wir doch in der Stadt Biel mehr zu leisten haben.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Besten Dank für den Bericht, den Finanzplan 2021 - 2023, welchen wir mit grossem Interesse aber auch Konsternation zur Kenntnis genommen haben. Der Bericht liest sich fast so wie ein Fahrplan in die Zahlungsunfähigkeit, ich gehe lediglich auf zwei bis drei Punkte ein, im Übrigen kann ich meinem Vorredner Herr Scherrer nur vollumfänglich beipflichten. Der Gemeinderat führt durch eine «Tour d'horizon» der wirtschaftlichen Situation und geht grundsätzlich von einer günstigen Lage aus. Die Uhrenindustrie positioniere sich im Jahr 2019 gut, jedoch erwähnt der Gemeinderat vier Zeilen unterhalb, dass sich im Mai 2019 alleine die Stückzahl des Exports um 9,3 % abgenommen habe, was eine hohe Zahl ist.

Auch konnten wir dem Bieler Tagblatt entnehmen, dass die Swatch Group SA für einen wichtigen Markt keine Uhren mehr herstellt und sie in der ETA SA in Grenchen per Ende Juli und Oktober 2019 zahlreiche Entlassungen vorgenommen hat, vorwiegend temporäre MitarbeiterInnen. Dies sind für mich Indikatoren, um die wirtschaftliche Situation der Umgebung nicht so positiv wie der Gemeinderat zu beurteilen. Jedoch verweist er verständlicherweise auf andere Indikatoren wie die demographische Entwicklung der Stadt Biel, der Gemeinderat erwähnt, dass die zu erwartenden steigenden Beiträge im Rahmen des Finanz- und Lastenausgleichs zu bezahlen sind und die sozio-demographische Zusammensetzung der Bieler Bevölkerung wird zusätzliche Erhöhungen des Transferaufwands verursachen, welche der Kanton der Stadt Biel verrechnen wird. Und schlussendlich und sehr wichtig ist, dass die Volatilität der Steuern der juristischen Personen keine Garantie für stabile und regelmässige Erträge erlaubt. Bezüglich der Steuern der natürlichen Personen macht der Gemeinderat mehrmals auf die demographische Entwicklung aufmerksam und dass die Investitionspolitik der letzten Jahre Früchte getragen habe, da die Einwohnerzahl zugenommen hat. Jedoch erwähnt er im selben Satz, dass damit nicht mehr Steuereinnahmen verbunden sind sondern diese tendieren zur Stagnation, wenigstens

nicht zur Abnahme. Dies ist trotzdem erstaunlich, dass trotz Zunahme der Einwohner die Stadt nicht mehr Steuereinnahmen generieren kann. In der Stadt Biel ist es offenbar nicht der Fall, ein interessanter zu hinterfragender Fakt. Weiter zu beachten ist das Problem mit den Abschreibungen, welche immer wieder in der Rechnung aufgeführt sind. Die «Altrechtlichen», welche wir noch ein paar Jahre mitnehmen und generell diejenigen nach dem Rechnungsmodell für all die kommenden Investitionen, die nach Gesetz abgeschrieben werden müssen und einen entsprechenden Aufwandposten darstellen. Der Gesamtinvestitionsbetrag brutto beläuft sich auf CHF 520 Mio., dies sind jährlich +/- CHF 40 Mio. Investitionskosten, welche, wir haben dies in den letzten Jahren sowie auch im Budget festgestellt, fremdfinanziert werden müssen, da nicht anders machbar. Jedoch ist es fraglich, wie es mit den Zinsen aussieht, momentan sind diese in Ordnung, aber der Kollege Herr Scherrer hat auch darauf aufmerksam gemacht, was geschieht, wenn wir bei CHF 1 Mia. angelangt sind und der Zins 5% betragen wird? Dann wird die Stadt «explodieren», wir werden machtlos sein! (*Zwischenrufe aus dem Stadtrat*) Aber vielleicht ist dies ja euer Ziel, dann könnt ihr wieder den «Steinzeitkommunismus» einführen! (*Gelächter*) Nein, Spass beiseite, ziehen ja schlussendlich alle an einem Strick und wollen, dass es unserer Stadt gut geht und wir uns wohl fühlen. Aber die vom Gemeinderat aufgezeigten Szenarien sind durchgehend negativ, die Verschuldung ist enorm und wächst ins Unendliche und da stellt sich dann doch die Frage, welche Lösungen der Gemeinderat vorschlägt? Es werden keine Lösungen aufgezeigt, der Stadtrat kann ohne weiteres selber interpretieren und Lösungen vorbringen, meine Vorredner haben dies zum Teil bereits gemacht, aber etwas muss geschehen. Es wird eher der Fall sein, dass nicht nur die Steuern massgebend sein werden sondern auch die Investitionen, die Plafonierung des Personaletats, alles unangenehme Themen, welche jedoch in einem Finanzplan angesprochen werden müssen.

Dieser Finanzplan ist schwarz und am Schluss können wir froh sein, dass es nur ein Plan ist. Gehen wir davon aus, dass er sich nicht verwirklicht und aus «verwaltungsnahen» Kreisen hören wir ja immer wieder das Argument, dass die Rechnung nicht so schlecht abschliesse wie das Budget. Ist in dem Fall mehr bekannt bei der Budgetierung als uns gesagt wird wie z. B. Investitionen, die nicht realisiert werden und somit ein geringerer Abschreibungsaufwand in der Rechnung? Dann bin ich der Meinung, dass das Budget auch so angepasst sein sollte. Wir nehmen also sehr kritisch Kenntnis von diesem Bericht und fordern den Gemeinderat auf, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, auch notabene im Tagesgeschäft, denn sparen ist generell angesagt.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Die SP-Fraktion verdankt dem Gemeinderat diesen Bericht und hat diesen mit ein wenig Bauchschmerzen zur Kenntnis genommen. Vieles wurde bereits von meinen Vorrednern erwähnt. Auf Seite 13 sehen wir eine grosse Grafik «Politik mit Entscheidungsspielraum», neben dieser relativ klein angemerkt «äussere Einflüsse». Wir haben nun viel über Prognosen gesprochen, was klar ist, wenn es sich um Schulden und Fremdfinanzierung handelt, entsteht die Frage von welchem Geld. Wir wollen gemäss Investitionsplanung CHF 40 Mio. investieren, was nicht zuviel ist, obwohl die Thematik auch schon war, die Investitionen zu verschieben resp. nicht zu tätigen. Dies kommt aber einer Schuld gleich, da diese nicht aufgeschoben werden können. Da die Bevölkerung wächst, müssen Schulhäuser gebaut werden und dies kurzfristig. Ich bin kein Bankspezialist, stelle jedoch jedes Jahr dasselbe fest: Die Spezialisten erstellen im Dezember / Januar die Prognosen für die

Wirtschaft, welche sie spätestens im Juli wieder korrigieren. Es ist erstaunlich, dass auch in der Wirtschaft die Prognosen nicht mehr stimmen. Ich habe dazu ein interessantes Buch mit dem Titel «Der Draghi-Crash». Supermario kennt ihr alle, oder? Nein, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), welcher in den letzten Jahren sehr viel Einfluss hatte, mehr als wir hier mit unseren versuchten Sparübungen.

Es ist erstaunlich oder besser gesagt, erfreulich, dass in den ersten 12 Seiten des Berichts vorallem externe und fremdbestimmte Massnahmen unser Budget beeinflussen. Dies verursacht mir Bauchschmerzen und fühle mich wie in einer Zwangsjacke. Dem Gemeinderat geht es auch so, denke ich und aus diesem Zwangsjackenphänomen können wir uns nicht befreien. Wir fragen nach Lösungen und der Gemeinderat hat schon irgendwelche Phantasien als Lösungen, die sind jedoch relativ «flou» (verschwommen). Ganz klar, es wurde mehrmals gesagt, entweder wir bauen den Service Public ab, werden aber nicht einig sein wo und was, die Bevölkerung wächst jedes Jahr um 1% und gleichzeitig wollen wir die Dienstleistung abbauen. Jeder Spareffekt, welchen wir angehen wollen, ist exponential zur Bevölkerungsentwicklung. Also ist diese Sparmassnahme nicht sinnvoll, Herr Scherrer hat bemerkt, wir könnten unser Vermögen «verscherbeln», woran niemand Interesse hat, genauso wenig wie an Steuererhöhungen des Gemeinderats.

Die politische Diskussion muss stattfinden, welchen Service Public wollen wir, welche Dienstleistungen benötigen wir in der Stadt Biel. Der Gemeinderat ist dazu auch vom Stadtrat aufgefordert, konkrete Vorschläge zu bringen, aber auch die Einnahmeseite zu stärken. Es muss hier ein Thema sein, dass auf den ersten 12 Seiten im Bericht uns erklärt wird, dass Millionenbeträge aufgrund von Fremdentscheidungen aus unserem Budget verschwinden und gleichzeitig herrscht Konsternation darüber, wie wir die Einnahmeausfälle kompensieren können. Ich gehe nicht auf das Szenario der Schwarz-weiss-Malerei der drei Varianten ein, da sie sowieso nicht korrekt sind. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass der Fremdeinfluss da ist, es kann sein, dass die Nachfolgerin von «Supermario» eine Zinserhöhung verfügt und schon fällt unser Zins. Und nun zum Thema Schulden: Meinen Kindern habe ich beigebracht, dass Schulden machen nicht vernünftig ist. Aber meine Damen und Herren, das ganze Wirtschaftswachstum beruht auf Schulden und jeder, der sich ein wenig näher mit der Wirtschaft befasst, weiss, dass seit Jahrhunderten das Prinzip von sich verschulden mit dem Wirtschaftswachstum verbunden. Denn wenn wir den Konsum nicht mehr steigern können und uns nicht mehr verschulden, dann stagnieren wir und alle in diesem Raum denken, Stagnation sei der Untergang (*Zwischenruf*). Ich korrigiere, vielleicht nicht jede/r, wir haben hier auch schon die These gehabt, dass die Wirtschaft stagnieren sollte. Es macht mir Sorgen, dass die Stadt Biel sich verschuldet, der Finanzplan ist in dem Sinne ein sorgenvolles Instrument, welches wir zur Kenntnis nehmen und die Massnahmen und Lösungen zu finden, ist eine politische Diskussion, welche in Zukunft stattfinden muss.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR s'associe à ses camarades alémaniques après un si brillant plaidoyer de la part de notre camarade Monsieur Wiederkehr. Une seule chose n'a pas été dite: le Conseil municipal de la Ville de Bienne a très bien entendu les responsables du Conseil de l'Europe lorsqu'ils ont incité la Suisse à faire des dettes.

Brunner Thomas, EVP: Wir haben immer wieder vom Bevölkerungswachstum von 1% gesprochen und in den meisten Voten wurde dies gleichgesetzt mit 1% Kostenwachstum. Diese Formel stimmt so nicht, der Kostenwachstum muss nicht 1% betragen, Effizienzsteigerung ist eher der Ausdruck dafür, denn dies bedeutet nicht mehr Stress für das Personal sondern die Effizienz wird durch bessere Technik und Organisation gesteigert und dies kann sogar zu Stress- sowie Kostenminimierung führen. Aus diesem Grund bin ich nicht mit dem 1:1 Vergleich einverstanden.

Suter Daniel, PRR: Il faut encore constater, que depuis 2017 l'évolution des charges pour le personnel et les biens et services et ceci jusqu'au budget 2020, dépasse le scénario pessimiste de 1.5% d'augmentation prévue pour ces trois prochaines années. Les scénarios du plan financier se tiennent à l'évolution de la population, qui est d'environ 1% par année. L'augmentation de ces coûts, que je viens de citer, est plus élevée. Il est vrai que les constats faits, notamment par des membres de la gauche, sont en partie rassurants mais il faut en tirer les conséquences. Il faut éviter, si possible, une augmentation des impôts et donc limiter les coûts. C'est bien là où les avis divergent. La gauche souhaite une augmentation des impôts, mais la droite n'est pas d'accord de suivre cette politique. Une politique plus restrictive serait bien plus bénéfique à la Ville et également aux citoyens et citoyennes.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Herr Wiederkehr hat wichtige Punkte genannt, welche ich voll und ganz unterstütze. Wir sind von vielen exogenen Faktoren abhängig, welche unser Budget beeinflussen und wir machtlos dagegen sind. Wir sprechen über Finanzen von CHF 400 Mio. im Jahr und eine extrem komplexe Materie. Ich glaube, mit Fug und Recht sagen zu dürfen, dass mehr als die Hälfte der Stadtratsmitglieder dies nicht alles nachvollziehen und verstehen kann. Auf Seite 11, im letzten Abschnitt geht es um die Änderung im Steuergesetz, d.h. um die Entkopplung des Steuersystems der natürlichen und juristischen Personen. Es interessiert mich zu wissen, was dies für die Stadt Biel resp. für die natürlichen Personen bedeutet und in welcher Hinsicht für das städtische Budget es positive Auswirkungen haben wird. Ich benötige mehr Informationen als hier erwähnt. Der zweite Punkt, welcher mir enorm Sorgen bereitet, ist die enorme Liste der Investitionen und das trotz der fehlenden Prioritäten 4 und 5. Im letzten Jahr hatten wir CHF 40 Mio. Investitionen geplant, schlussendlich wurden, falls ich richtig gehe in der Annahme, etwas über CHF 20 Mio. realisiert und abgerechnet. Je länger wir die Investitionen hinausschieben, kumuliert sich der Betrag und dadurch immer höher und das Ganze teurer. Ausserdem habe ich mich gefragt, ob diese Perspektiven auch dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) zu verdanken sind. Welche negativen Folgen hat HRM2 für das Budget, den Finanzplan und die finanzielle Entwicklung der Stadt Biel für negative Folgen? Die Finanzdirektorin kann vielleicht zu diesem Thema noch etwas sagen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Bohnenblust, avec votre proposition de traiter le plan financier avant le budget, vous avez réagi à ce que je demande depuis des années. Même si ce document n'est que soumis au Parlement pour prise de connaissance, il a toute son importance pour avoir une vision sur l'évolution des finances communales. Cette importance va parfois au-delà du budget, qui est lui annuel. Nous verrons si cette procédure va nous aider pour la phase suivante, à savoir le débat sur le budget. Que faut-il tirer comme conclusion de ce plan financier 2021-2023? Il ne faut pas oublier que c'est une projection et non une planification. Aux pages 20 et 21 du rapport, vous trouvez trois scénarios, qui font état de déficit à partir

de 2023, entre 4 et 10 millions de fr. Cependant, dans un même scénario, il y a des variations et des inconnues qui peuvent donner des variations aussi importantes. Je vous remercie pour vos interventions et nous compléterons ces informations, sur votre demande, afin de rendre ces chiffres plus visibles.

Le plan financier est utile, même s'il s'agit d'une projection. Le Gouvernement, sur la base de ces analyses, peut élaborer des stratégies en conséquence. Au niveau de la fiscalité, il nous enjoint à une estimation prudente des rentrées, ce que nous appliquons ensuite dans le budget. Vous pouvez le constater dans le budget 2020. Pour le moment, l'industrie horlogère se porte bien et si cette tendance est confirmée en 2020, cela pourrait affecter les rentrées d'argent de manière positive. Les personnes physiques voient une évolution positive des rentrées et cela depuis plusieurs années.

La grande incertitude, soulignée par Monsieur Heiniger, concernant la révision des lois fiscales, nous amène devant de grands doutes. Nous avons représenté l'état de nos connaissances mais ce soir, certaines personnes partagent l'espoir que la nouvelle Loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA) dynamisera le secteur économique. Elle peut aussi le péjorer, du moins dans un premier temps car les entrées des personnes morales et physiques pourraient être moindres dans les années à venir. Le Conseil municipal n'a pas attendu et s'est lié à d'autres communes, qui ont exigé un soutien plus important de la rétrocession, en conséquence de l'indemnité fédérale, par le Canton.

La réévaluation des biens immobiliers, Monsieur Grupp, est en partie contenue dans ces chiffres. Je suis désolée si ce n'est pas aussi claire. Je peux dire que la moitié des rentrées prévues se trouve dans le budget 2020, dans l'attente de la décision du Grand-Conseil. Il en a été bien évidemment aussi tenu compte dans le plan financier.

Comme l'a soulevé Monsieur Leuenberger, ce qui ne figure pas dans le plan financier ce sont les leviers, qui peuvent être activés à tout moment, comme une adaptation de la quotité d'impôts. En effet, un point d'impôts supplémentaire en 2021 serait à même de relever le scénario le plus pessimiste et de présenter un budget équilibré, respectivement un plan financier avec une toute autre allure. Si d'aventure l'économie devait être boostée par les encouragements concédés aux personnes morales, cette mesure ne serait pas nécessaire.

Du côté des charges, les scénarios des coûts basés sur des perspectives d'évolutions confirmées ces dernières années ne tiennent pas compte d'un exercice d'assainissement, tel que la Ville en a mené en 2016. Ces mesures correctives, si elles s'avèrent nécessaires, sont toujours possible à court terme.

Plusieurs personnes ont souligné que les amortissements supplémentaires chargent la Ville à hauteur de 1 à 3 millions de fr. annuellement, qui s'ajoutent aux 12 millions de fr. de base d'amortissement annuel. Ils peuvent, bien entendu, être réduits à chaque moment en baissant le volume d'amortissement annuel, par exemple. La priorité peut aussi être vu autrement, en la donnant à des projets moins coûteux, où il est aussi possible de concéder uniquement les amortissements. Ceux-ci sont uniquement amortis sur 40 ans, ceci avec les conséquences que cela peut avoir, comme dans le domaine informatique.

Le Conseil municipal et c'est ce qui est présenté pour 2020, peut également puiser dans les réserves afin de financer le pic d'investissements, qui crée une plus-value dans une optique d'évolution et de développement futur.

Les priorités 4, 5 et 8, plusieurs d'entre vous ne les ont pas trouvées. Elles ne se trouvent pas dans le tableau récapitulatif, mais elles sont bien présentes dans les pages 17 et suivantes du rapport. Il faut savoir que ces priorités ne sont jamais retenues dans les budgets, puisqu'il s'agit de projets qui sont souhaités ou en train d'être décomptés. C'est pour cette raison qu'elles ne sont pas reportées dans le tableau récapitulatif.

Monsieur Bord, je vous remercie pour votre demande de priorisation des investissements. La liste présentée l'a toujours été de cette manière, au moins depuis que je fais de la politique en Ville de Bienne. Il est possible de présenter ce plan d'investissement de manière différente, si le Conseil de ville le souhaite. Concernant les moyens que la Ville a encore afin de baisser les frais de personnel, il faut savoir que des moyens peuvent être mis en place, à court terme, en instaurant des plafonds, des moratoires ou le renforcement des tâches. Ces options n'ont pas été retenues pour le plan financier 2021-2023.

Ces solutions et toutes vos interventions vont dans le même sens mais n'ont aucune chance si elles ne sont pas soutenues par un large consensus politique. Ceci, sans compter sur le suffrage populaire, qui a fait que les budgets en 2014 et 2016 ont été refusés. Cette situation ne s'est plus reproduite étant donné que des solutions sont cherchées et trouvées ensemble.

L'Exécutif est tout à fait conscient des défis, mais aussi des moyens qu'il a à disposition. Nous pourrions aussi à l'avenir y faire face, mais bien entendu ceci avec un soutien politique large. Le Conseil municipal vous remercie de partager ses craintes tout en lui accordant votre confiance, mais aussi en encourageant vos propres député(e)s cantonaux, pour qu'ils soutiennent des solutions favorables à la Ville.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2021 – 2023 und von der Investitionsplanung 2020 – 2029.

Sitzungsunterbruch: 20.05 Uhr - 21.15 Uhr

187. 20190162 Budget 2020

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es geht weiter mit dem Traktandum 4, zuerst mit einer allgemeinen Debatte und danach die einzelnen Direktionen. Sitzungsende wird 23 Uhr sein, ausser es erfolgt ein Ordnungsantrag auf Verlängerung, für welche ich an Salome Strobel übergeben würde.

Allgemeine Debatte

Frank Lena, GPK: Als erstes bedankt sich die GPK beim Gemeinderat und seinen Mitarbeitenden für das vorliegende Budget und den dazu gehörenden Bericht, welcher sehr informativ und übersichtlich ist. Trotzdem eine kleine Kritik an der Darstellung der Zahlen im Bericht, die ein wenig verwirrend ist, da in der Berichtseinführung die Aufwandzahlen positiv und die Ertragszahlen negativ aufgeführt werden, in den Detailkonten ist es genau umgekehrt. Es wäre wünschenswert, dies in Zukunft einheitlich darzustellen.

Nun zum Wesentlichen, der Inhalt des Budgets: In vielen Teilen könnte ich wiederholen, was die GPK letztes Jahr zum Budget gesagt hat. Erfreulicherweise ist das Budget mehrheitlich ausgeglichen, jedoch eben nur aufgrund Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und dem Energie Service Biel (ESB). Für die GPK darf dies längerfristig nicht die Lösung sein und es ist auch nicht klar, wie lange der ESB dies finanziell mittragen kann und will. Das Eigenkapital sowie der Eigenfinanzierungsgrad sind mit letztem Jahr vergleichbar. Im jetzigen Zeitpunkt, bei einer guten Wirtschaftslage, müsste die Stadt Gewinn erwirtschaften, um in schlechteren Zeiten investieren zu können. Nach wie vor kann die Stadt die geplanten Investitionen kaum selbst finanzieren und sie werden nicht vollumfänglich realisiert, was auch an natürlichen Verzögerungen wie z. B. Einsprachen etc. liegt. Dies erweist sich in der Rechnung als positiv, was bereits bei der Diskussion über den Finanzplan erwähnt wurde. Die Investitionen müssen aber in jedem Fall getätigt werden. Zur Einnahmensituation: der Kanton Bern hat dieses Jahr zum ersten Mal eine getrennte Beurteilung der Steuereinnahmen von natürlichen und juristischen Personen zugelassen. Die eingeleiteten Massnahmen haben gegriffen, da die Einnahmen zugenommen haben.

Trotzdem ein «Aber» der GPK: die Wirtschaftslage wird sich in Zukunft nicht verbessern, eine Rezession ist vor auszusehen was sich nicht positiv auf die Steuereinnahmen auswirken wird. Im Bericht kommt für die GPK zu wenig zur Sprache, dass die Stadt Biel ein Einnahmeproblem hat. Bezüglich der Steuereinnahmen bleibt abzuwarten, in welchem Ausmass sich die STAF- sowie Steuermassnahmen des Kantons sich auf die Stadt Biel auswirken. Und eine Bemerkung zu den Lohnkosten: die Anpassung der Teuerung belastet zwar anfangs die Stadtkasse, ein Teil davon fliesst wieder zurück, da die Kaufkraft der Mitarbeitenden gestärkt wird. Etwas schwieriger zu evaluieren ist, ob sich die Lohnerhöhungen auch auf die Steuereinnahmen auswirken. Durch den Wegfall der Wohnsitzzulage ist auch der Anreiz für die Mitarbeitenden, in der Stadt zu wohnen, Steuern zu bezahlen und zu konsumieren, weniger hoch. Interessant sind die Ausführungen zum Lastenausgleich, allerdings findet sich hier eine Differenz: auf Seite 17 des Berichts wird festgehalten, dass die Stadt Biel CHF 0.5 Mio. mehr aus dem Lastenausgleich «Öffentlicher Verkehr» erhält, die Präsidioldirektion weist jedoch eine Differenz von über CHF -1 Mio. aus. Die Nachfrage der GPK bei der Präsidioldirektion ergab, dass deren Angaben korrekt, diejenigen im Bericht falsch seien, somit wurde für das Jahr 2019 eine falsche Basiszahl angenommen. Wiederum hat die neue Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden Einbussen im Lastenausgleich von CHF 0.7 Mio. zur Folge, ohne Erwähnung der effektiv betroffenen Bereiche. Sicher ist jedoch, dass in der Sozialhilfe und beruflichen Vorsorge weniger Beiträge fliessen werden, da die Sozialhilfequote sinkt, was ja wiederum erfreulich ist. Die Beiträge der Schulen erhöhen

sich durch die erheblich steigenden Schülerzahlen. Zum Abschluss bleibt zu erwähnen, dass die Stadt Biel zum ersten Mal einen neuen Budgetierungsprozess eingeführt hat, bei welchem sich die Budgetierung an den Vorjahreswerten orientiert und den Prozess beschleunigt, wodurch dem langjährigen Wunsch des Stadtrats, der Budgetbehandlung im September, Folge geleistet werden könnte. Die GPK empfiehlt mehrheitlich, das Budget anzunehmen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie le Conseil municipal et spécialement le Département des finances pour l'élaboration du Budget 2020. Le rapport préliminaire est de bonne qualité. Une indication systématique du groupe matière serait positive et faciliterait encore plus sa compréhension. Un tableau Excel du budget détaillé pourrait permettre de filtrer plus facilement et améliorer les possibilités d'analyse. Au niveau du contenu, même si la croissance est faible avec un taux de chômage bas, nous disposons de conditions favorables. Dans ces bonnes conditions, les charges de personnel et les charges de biens et services et autres charges d'exploitation (comptes 30 et 31) augmentent davantage que les revenus provoquant un déficit d'exploitation de 19 millions de fr., légèrement atténué par un résultat financier favorable. Toutefois, le résultat opérationnel affiche une perte de 11 millions de fr., ce qui est mauvais. Ce n'est que grâce à la cosmétique comptable que le résultat final est juste équilibré.

La baisse des fonds propres de 11 millions de fr., au bilan montre bien que notre qualification du budget est justifiée, tout comme la croissance de la dette qui a lieu. Nous nous dirigeons bien vers un déficit structurel, qui nécessitera des mesures à moyen terme. La situation est sérieuse, mais ne mérite pas de mesures drastiques immédiates. Nous ne proposons pas de proclamer l'urgence financière, comme on l'a fait pour le climat mais uniquement d'agir. Le budget n'est pas le bon moment pour effectuer des corrections importantes sur le long terme, en l'espace d'un soir. Le Conseil municipal devra prendre des mesures dès que les incertitudes liées à la modification de la Loi cantonale sur les impôts sera présentée au Grand-Conseil, c'est à dire en novembre. Selon l'ampleur des diminutions fiscales, les mesures devront être plus ou moins importantes. Le Conseil municipal s'est-il posé la question d'un NHS II ou comment pense-t-il procéder pour redresser la situation? L'introduction de frein à l'endettement aiderait-il à garder le contrôle de nos finances? La révision la Constitution de la Ville permettra d'en débattre en novembre.

En résumé, avec une perte opérationnelle de 11 millions de fr., avec une conjoncture en faible croissance, la situation est mauvaise. La Ville doit mieux contrôler ses dépenses. Le Groupe PRR proposera une réduction linéaire de 1% sur les comptes 30 et 31, réalisable sans grand effort et aussi de défendre les intérêts de Bienne de manière plus efficace au Canton. Malgré toutes ces réserves, le Groupe PRR recommande le soutien du budget en demandant des mesures pour le budget 2020/2021 et suivants.

Le Groupe PRR propose de compenser ce montant par une réduction de 1% sur les comptes 30 et 31. En analysant les comptes des années précédentes avec un budget comparable, nous constatons qu'effectivement la perte était de 1 mio. fr. avant la cosmétique comptable. Pour le compte 30, «Charges de personnel», avec la fluctuation du personnel actuel, une réduction de 1% est facilement atteignable. Pour le compte 31 «Charges de biens et services et autres charges d'exploitation», une

réduction de 1% est également atteignable par une politique d'achat prudente, mais également et surtout en n'effectuant pas toutes les dépenses mises au budget sans réfléchir. Cette réduction peut être atteinte sans trop de problème. Notre groupe vous invite à suivre cette mesure très raisonnable et facilement réalisable, sans impact ou presque sur l'Administration. Elle permettrait d'avoir un résultat neutre à la fin.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Nun besteht der Antrag auf lineare Reduktion der Konten «30 Personalaufwand» und «31 Sach- und übriger Betriebsaufwand» aller Direktionen. Falls dieser angenommen wird, erhaltet ihr morgen eine angepasste Botschaft.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Finanzpolitik der Stadt Biel tritt auf der Stelle, einer unbequemen Stelle. Wir atmen, aber das Wasser reicht bis zum Hals und wie wir alle wissen, steigt der Meeresspiegel, auch wenn wir nicht wissen, wie schnell, genauso wie die Zinsen. Beunruhigend für uns, da unklar, ob in der Nähe höherer Grund wäre, der uns mehr Raum zum Atmen gibt und der Gemeinderat unternimmt keine sichtbaren Anstrengungen, so einen höheren Grund ausfindig zu machen. Die Fraktion GLP+ hat das Budget 2020 sehr kritisch diskutiert und wird es im Sinne einer Rückweisung ablehnen. Der städtische Haushalt schliesst mit einem betrieblichen Minus von CHF 28 Mio. und einem operativen Minus von CHF 11 Mio. ab. Die schwarze Null erhalten wir nur mit einem Griff ins Eingemachte, was in der aktuellen konjunkturellen Lage aus unserer Sicht nicht vertretbar ist. Der Gemeinderat bedient sich wie in den Budgets der Vorjahre am Eigenkapital und dieses wieder um ca. CHF 10 Mio. abnehmen wird, unsere Reserven also, welche gedacht sind zur Abfederung einer Rezession oder Verschlechterung des Zinsumfeldes. Ihr erinnert euch an den Meeresspiegel... Ebenso hat der ESB nebst den üblichen Abgaben eine Zusatzdividende von CHF 3 Mio. abzuliefern. Dieser ESB wird aufgrund der sich abzeichnenden Markttöffnung der Elektrizität in Zukunft andersweitig gefordert sein, für welchen wir vor kurzem eine umfassende Wertschwankungseserve geschaffen haben und der sich durch Gebühren der EiwohnerInnen der Stadt Biel finanziert und dessen Mittelbeschaffung im Gegensatz zu den Steuern degressiv wirkt. Erstaunlich, dass die Linke eine solche Finanzpolitik unterstützen kann, genauso auch, dass das Budget generell eine Erhöhung des Personalaufwands von 0.6% aufweist und nicht nur individuell notwendige Erhöhungen. Ebenso ist eine Subventionserhöhung von CHF 3.32 Mio., also mehr als 10%, vorgesehen. Wir unterstützen den Antrag der PRR und sind der Meinung, dass Kürzungen und nicht Mehrausgaben notwendig sind. Bezüglich der Investitionen kann ich mein Votum vom letzten Jahr wiederholen, die Situation ist unbefriedigend trotz der «freundlichen» Wirtschaftslage, die Stadt Biel kann Ihre Investitionen nicht selbst tragen sondern ein grosser Teil muss mit neuen Schulden auf Kosten der kommenden Generation finanziert werden (aktuelle Zahlen: 18% selbst - und ca. CHF 35 Mio. fremdfinanziert). Die Fraktion GLP+ vermisst den Willen des Gemeinderates, effektiv etwas zur Verbesserung des Finanzhaushalts zu unternehmen und ist nicht bereit, diese Politik zu unterstützen. Voraussichtlich werden wir deshalb das Budget 2020 ablehnen.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Vor der Budgetdebatte wurde immer wieder erwähnt, dieses Budget sei ein «copy paste» vom letzten Jahr. Dies mag im Grundsatz richtig sein, aber die Voraussetzungen werden, ehrlich gesagt, jedes Jahr schwieriger und aus diesem Grund bedankt sich die Fraktion SP/JUSO als erstes. Die Abschreibungen eines CHF 15 Mio. Projektes wie DiAna über fünf Jahre zusätzlich ins

Budget zu integrieren, ist eine respektable Leistung. Auch begrüßen wir, dass es mit der Abschaffung der Kontingierung bei der Kinderbetreuung in diesem Bereich vorwärts geht wie hoffentlich mit einer Erhöhung der Krippenplätze, da die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf heute unabdingbar ist. Eine bezahlbare Kinderbetreuung für alle Familien, welche sich mit der Berufstätigkeit vereinbart, ist erstrebenswert. Die Fraktion SP/JUSO würdigt die allgemeine Erhöhung der Lohnsumme von 6%, welche im Budget erhalten ist, das städtische Personal leistet gute Arbeit und hat diese Massnahme verdient. Wir zollen der Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung Respekt, da sie trotz der schwierigen Ausgangslage ein ausgeglichenes Budget präsentieren, auch wenn sicher auch buchhalterische Verschiebungen oder Tricks dahinter stehen, welche uns wie die Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen und die Dividenden des ESB langfristig nicht helfen, das Problem der fehlenden Liquidität zu lösen. Herr Wiederkehr hat in seinem Votum zum Finanzplan schon ausgeführt, dass der Fraktion SP/JUSO fehlt eine langfristige Strategie und die Kreativität des Gemeinderates, wie z. B. welche, auch unkonventionellen Massnahmen zur Ertragssteigerung ergriffen werden könnten. Andere Gemeinden investieren in städtischen Wohnungsbau und ermöglichen so einerseits faire Mieten und sie profitieren von den Mieteinnahmen. Wir fordern den Gemeinderat deshalb mit einer Motion auf, eine Strategie zur Erhöhung der Einnahmen auszuarbeiten, wofür Kreativität gefragt ist und zwar nicht nur buchhalterisch sondern auch eine in der Kasse spürbare. Die Stadt konnte die Steuereinnahmen der natürlichen Personen leicht steigern, jedoch sind wir nicht im Kanton Schwyz und diese Erhöhung genügt nicht, um unseren Finanzbedarf zu decken. Die Kampagne «Willkommen in Biel» hat also Wirkung gezeigt und zeigt, dass der Gemeinderat doch kreativ sein kann. Weitere Sparmassnahmen im Rahmen dieses Budgets ist die Fraktion SP/JUSO nicht bereit anzunehmen, das Paket «Nachhaltige Haushaltssanierung» (NHS) hat bereits alle Möglichkeiten ausgemerzt. Der Leistungsabbau macht die Stadt weder für das Personal noch die Wohnbevölkerung attraktiv, weshalb wir das Investitionsvolumen von CHF 40 Mio. als gerechtfertigt betrachten, denn eine Stadt, in welche nicht investiert wird, stirbt. Bezüglich der Investitionen gilt genauso, dass neue Wege gefunden werden müssen, um die Einnahmen zu steigern und die notwendigen Investitionen tätigen zu können. Der kantonale Lastenausgleich ist im Ungleichgewicht und die bestehenden Probleme werden auf Kosten der Stadt gelöst, sparen ist eben einfacher als Einnahmen erhöhen. Ein Beispiel an den Mitarbeitenden der Stadt: Stellen werden gestrichen oder nicht mehr ersetzt, dadurch entsteht mehr Dienstleistungsaufwand, da ja die Arbeit trotzdem erledigt werden muss. Zum Antrag der Fraktion PRR: sie impliziert, dass der Gemeinderat das Sparpotenzial nicht ausschöpft. Unsere Fraktion ist jedoch überzeugt, dass der Gemeinderat diese Punkte sorgfältig abgewogen hat, denn eine lineare Sparmassnahme von 1% löst das Problem der fehlenden Mittel nicht sondern weist eher den Budgetverantwortlichen die Schuld zu, ihre Arbeit nicht sorgfältig erledigt zu haben. Wir sind seit Jahren ununterbrochen am Sparen, ein Antrag folgt dem anderen, wir können nirgendwo mehr einsparen und deshalb lehnt unsere Fraktion den Antrag ab. Der Gemeinderat muss kreativ bleiben bei der Suche nach neuen Mitteln und hartnäckig beim Verhandeln mit dem Kanton.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Anlässlich des Finanzplans wurden bereits viele Punkte angesprochen, umso enttäuschter ist unsere Fraktion, dass der Problematik sowie der Dringlichkeit, welche im Finanzplan beschrieben sind, nicht mehr Beachtung geschenkt wird. Das Budget 2020 erweckt einen falschen

Eindruck, durch die Auflösung von mehreren Millionen Franken der Reserven der Stadt Biel scheint es zwar ausgeglichen, operativ hat die Stadt jedoch ein Defizit von CHF 10.8 Mio.. Beim Betrachten der Einnahmeseite fällt auch dieses Jahr die Bussenbudgetierung negativ auf, da die Budgetierung dieser wiederum mehrere hunderttausend Franken höher ausfällt als im Vorjahr effektiv an Bussgeld eingenommen wurde. Bauchschmerzen verursachen die steigenden Ausgaben, die Investitionen können kaum mehr selber finanziert werden sondern nur noch dank Fremdkapital. Es wird weiter «munter» Geld ausgegeben, obwohl unsere Verschuldung bald die Milliardengrenze erreicht hat. Seitens des Gemeinderats wird leider weder ein Effort, ein Plan B noch eine Strategie, wie diese Finanzlöcher «gestopft» werden können, präsentiert. Dieses Jahr, wie auch schon die Jahre zuvor, bitten wir den Gemeinderat darum, die Schuldensanierung endlich prioritär zu behandeln, damit nicht der Finanznotstand ausgerufen werden muss. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt aus diesen Gründen das Budget sowie alle anderen Anträge, die weitere Ausgaben und somit eine Verschlechterung des Budgets zur Folge haben, ab.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Bei der Diskussion um den Finanzplan wurde das Wesentlichste schon erwähnt, meine Vorrednerin Lena Frank hat es auf den Punkt gebracht: wir sprechen jedes Jahr über dieselben Punkte und drehen uns im Kreis. Ich habe in den vorjährigen Protokollen nachgelesen und in der Budgetdebatte vom letzten Jahr hat unsere Fraktion an der Sitzung vom 18.10.2017 Folgendes angemerkt, ich erlaube mir ein kurzes Zitat: *«Über das Budget 2018 wurde bereits vieles gesagt, ist ein gutes oder schlechtes Budget, die Eckwerte wurden genannt und es ist gar nicht so einfach, das effektive Defizit festzustellen. Die Fraktion FDP findet das Budget 2018 nicht gut, das operative Ergebnis des städtischen Haushalts weist ein Defizit von CHF 5,2 Mio. aus, das betriebliche Ergebnis weist inklusive Einlagen aus Spezialfinanzierungen ein Defizit von CHF 8,7 Mio., ohne Spezialfinanzierung wären es gar CHF 13.7 Mio., es liegen also unterschiedlichste Zahlen vor, aber keine Einzige ist positiv....usw.»* Dies erinnert mich an die Vorredner und das diesjährige Budget, dieselbe Ausgangslage und die Defizitbeträge notabene auch in etwa derselben Grössenordnung, wir sprechen ja von einem operativen Defizit von ca. CHF 11 Mio.. Dies ist eine nicht so ehrliche Geschichte, das Defizit war effektiv viel tiefer als budgetiert, was nun jedes Jahr so war und weshalb wird nicht richtig budgetiert, wenn im Voraus klar ist, wie hoch das Defizit sein wird. Entschuldigung, aber der Gemeinderat hält uns zum Narren und verärgert uns dadurch immer mehr. Es ist schon vorher klar, dass wir viel weniger investieren werden und der Abschreibungsaufwand wird tiefer ausfallen, deshalb wäre mehr Ehrlichkeit beim Budgetieren angebracht. Und nur weil Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen gemacht werden können und der ESB ausgleicht, wird dem Stimmbürger das Budget als ausgeglichenes Ergebnis verkauft. Wie auch meine Vorrednerin bereits erwähnte, ist dies ein buchhalterischer Trick, aber ist der auch korrekt? Und die Fraktion SP/JUSO lobt den Gemeinderat als phantasievoll aufgrund der «Willkommenskultur», aber wo sind die Steuereinnahmen und welche Leute ziehen nach Biel, oder darf dies politisch gesehen nicht gefragt werden? Bref, wir stehen an derselben Stelle wie letztes Jahr, den Vorschlag der PRR finden wir gut, es sollte einmal ein Zeichen gesetzt werden, es geht nicht um viel, ein erster Schritt zur Ehrlichkeit des Budgets. Die von den Grünliberalen in Aussicht gestellten Anträge geniessen unsere vollste Sympathie.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Der Gemeinderat legt uns ein scheinbar ausgeglichenes Budget vor, es ist jedoch klar, dass dem nicht so ist. Und es ist auch keine Fortsetzung des Budgets der Vorjahre wie bereits gehört. Die Rahmenbedingungen sind nicht dieselben geblieben, ist die Entwicklung von zentralen Faktoren wie Kulturentwicklung, Bevölkerungswachstum und Investitionsbedarf noch dieselbe wie 2019? Die Veränderung ist nicht sprunghaft aber schleichend und eher schlecht für unsere Stadtfinanzen. Viele Unternehmen schauen nicht sorglos ins nächste Jahr und ein Anstieg der Unternehmenssteuern zu budgetieren, erstaunt mich schon. Die deutschen und anderen europäischen Lokomotiven ziehen nicht mehr vorne weg und ab und zu liegt auch das Wort «Rezession» in der Luft. Der internationale Handelskrieg nimmt zu, die schweizerische Exportwirtschaft muss mit Strafzöllen rechnen, dies zur Ertragsseite. Wir haben heute festgestellt, dass die Stadt Biel wächst, was dies bedeutet, war in der Ratsdebatte im September die Diskussion betreffend Schaffung von neuem Schulraum und dessen Finanzierung. Auch andere Dienstleistungen werden von den EinwohnerInnen erwartet und die Ansprüche wachsen. Die Budgetierung der Steuereinnahmen ist nicht logisch, eine Zunahme der Unternehmenssteuer von CHF 2,5 Mio. sowie eine Abnahme der natürlichen Personen von CHF 1.8 Mio... vielleicht kann mir die Finanzdirektorin bei der Erklärung weiter helfen. Wie gehört, beträgt das operative Ergebnis minus CHF 11 Mio., also ein Aufwandüberschuss. Es werden Fondsmittel eingesetzt, um diesen zu decken, es wird von Kosmetik gesprochen, jedoch sollte überlegt werden, in welcher Situation und aus welchen Fonds darf ein Ausgleich erfolgen. Auch ein Betriebsergebnis darf aus solchen Fonds korrigiert werden, wenn diese Mittel aus der Betriebstätigkeit stammen, was zum Beispiel bei einem Buchgewinn aus der Liegenschaftsverwaltung der Fall ist. Ich stimme Dennis Briechle zu, dass diese Mittel zu dem Zeitpunkt gebraucht werden sollten, wenn die Konjunktur schlecht und die Einnahmen sowieso schon tief sind, was zeigt, dass die Stadt Biel ein massives Einnahmeproblem hat. Auch wenn wir nicht wissen, wieviel von den budgetierten CHF 47 Mio. schlussendlich investiert werden, vielleicht nur CHF 30 Mio. und trotzdem würde dann lediglich ein Viertel eigenfinanziert, was gemäss den kantonalen Vorgaben zu tief ist und uns Sorgen bereitet. Die Senkung der Unternehmenssteuer im 2021 wird dieses Problem vergrössern, wie bereits anlässlich der Debatte um den Finanzplan diskutiert und die Budgetierung kann nicht mehr wie in den letzten Jahren erfolgen. Die Fraktion Grüne betrachtet den «Kniff» der «Sonderdividende ESB» mit Sorge, da dem ESB zusätzliche Mittel entzogen werden und dessen Entwicklung somit schwächen, da er auf einem dynamischen Markt aktiv sein muss. Fragt sich dann, ob genügend Mittel vorhanden sind, um in neu erneuerbare Energie oder Fernwärmesysteme investieren zu können. Gerne würde ich vom Gemeinderat wissen, wie er sich das weitere Vorgehen vorstellt, im Falle eines erneut tieferen Aufwandes als budgetiert, will er dem ESB die z.B. weniger anfallenden CHF 3 Mio. trotzdem als sogenannte Defizitgarantie abschröpfen? Ist mir als Instrument in einer öffentlichen Buchhaltung so nicht bekannt und ist dies so vorgeschrieben, dass der Gemeinderat unabgesehen vom Resultat der Rechnung diese Mittel vereinnahmt? Wird der Gemeinderat diese Politik weiterhin anwenden und jedes Jahr den ESB belangen und somit ja auch schwächen? Zum Antrag der Fraktion PRR: wir Grünen sind grundsätzlich gegen lineare Kürzungen, drei Gründe dagegen sind erstens die steigenden Ausgaben, für welche es nichts bringt, willkürlich Einsparungen einzufordern. Zweitens sind lineare Kürzungen der einfachste Weg für ein Parlament, Verantwortung, wo gespart werden muss, an den Gemeinderat abzuschieben. Drittens ist es Sache des Gemeinderats mit Sparwillen voran zu gehen und aufzuzeigen, bei welchen Budgetposten es sinnvoll und möglich ist, einzusparen

und nicht global beim Personal- und Sachaufwand. Aus diesen Gründen bittet die Fraktion Grüne um Ablehnung des Antrags.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Je voulais remercier le Conseil municipal du travail présenté concernant ce budget 2020, qui manifestement ne fait pas l'unanimité dans la lecture et dans le contexte dans lequel il s'intègre. Ce budget est relativement équilibré car il fait appel à des contributions relevant du financement spécial ainsi que des dividendes d'ESB. Le Groupe PSR regrette que le financement spécial soit autant mis à contribution, même si la quotité d'impôts reste inchangée. Il ne faut pas croire que la gauche, avec ses inspirations communistes d'après certains d'entre vous, veuille à tout prix hausser les impôts. Notre objectif est de réussir à équilibrer et faire en sorte que dans le contexte actuel et la conjoncture économique, il y ait une répartition équitable des ressources. Nous sommes dans un contexte où la Confédération est en concurrence avec les cantons, qui eux se mettent en concurrence ensemble et avec les communes. La Ville de Bienne en souffre et paye les pots cassés. L'enjeu est peut-être de s'unir afin de chercher des solutions dans cette perspective, afin de faire également pression sur nos autorités cantonales afin de pouvoir dégager de nouvelles ressources, qui reviendraient aux communes.

Pour ce qui est du travail effectué en ville de Bienne, il nous semble que la Ville attire de nouveaux contribuables. C'est le résultat de la politique mise en place pour améliorer l'image de la Ville, mais aussi grâce aux nombreux investissements consentis. Au regard de ces constatations assez générales, le Groupe PSR souhaite partager quelques réflexions.

Il est essentiel de soutenir le développement actuel de la Ville en tant que cercle vertueux. C'est un non-sens de baisser la voilure et de réduire les investissements, sans considérer les effets à moyen et long termes, au regard des efforts engagés. Nous constatons que la Ville de Bienne n'emprunte que pour investir et non pour survivre. Cela veut dire que si on s'y oppose avec autant de véhémence, cela signifie qu'aucun citoyen ne devrait pouvoir emprunter pour investir. Les entreprises n'auraient pas de beaux jours devant elles, si c'était le cas! Le Groupe PSR salue le fait que de nombreux efforts convergent pour améliorer l'attractivité de notre Ville. Les efforts se doivent d'être remarqués par la population et communiqués. Dans ce cas, il y a aussi des choses à améliorer.

Le budget prévoit ainsi des nouveautés qui sont à relever. Elles auront directement un impact sur la population en terme de culture, d'infrastructures et d'aménagements afin d'augmenter l'attractivité de notre Ville. Nous soutenons dans ce sens les projets novateurs qui engagent des montants raisonnables et qui ont des retombées positives sur l'image de la population biennoise et celle de l'extérieur. L'augmentation de la démographie signifie aussi des obligations et divers services. Comment expliquer qu'il n'y ait pas de nouvelles créations de postes provisoires? Le Groupe PSR estime difficile de considérer une relation entre les ressources en personnel en regard de l'augmentation réelle de la population. Cette augmentation de la population signifie l'augmentation d'élèves dans les classes, l'apparition et l'émergence de nouveaux quartiers, qui entraînent un plan supplémentaire pour le ramassage des ordures, par exemple. Tout cela a un coût! Si nous voulons attirer de nouvelles personnes à Bienne, si nous créons des quartiers et si la démographie augmente, il y a un coût à payer. Nous nous inquiétons de voir que les ressources au sein de l'Administration semblent

stagner alors que la population s'accroît. Nous ne pouvons pas décemment défendre le fait de donner plus de travail au personnel avec moins de ressources. Le coût serait trop élevé à terme.

Comment se fait-il que malgré le contexte actuel favorable à l'économie et à l'implantation de nouvelles et importantes entreprises à Bienne les entrées fiscales des personnes morales soient en diminution? Qu'est ce qui permet de les prévoir en augmentation de 2 points pour 2020 et ensuite de les voir diminuer? Suite à ces considérations et dans l'espoir d'avoir réponse à ces questions dans les discussions à venir, le Groupe PSR soutient le budget présenté.

Concernant la proposition d'amendement du Groupe PRR, nous trouvons irresponsable le fait de soutenir cette proposition, avec les conséquences que cela pourrait avoir en terme d'image pour les employé(e)s de la Ville de Bienne, étant donné qu'il ne s'agit pas d'argent distribué sans retenue, mais d'une revalorisation des salaires et de la promotion pour les employé(e)s de la Ville. Quel message enverrions-nous au personnel de la Ville de Bienne, si nous soutenions cette proposition d'amendement? Je vous remercie de la rejeter.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Unsere Fraktion dankt allen AkteurInnen für den Bericht und das Budget, welche viel Arbeit bedeuten. Seit dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) müssen wir die detaillierteren Posten mehr suchen. Ein wichtiges Thema in unserer Fraktion war der Investitionsstau, welchen wir doch eher abbauen wollten, aber die Tendenz geht in die andere Richtung, was uns Sorgen bereitet. Diese Situation bringt uns finanziell nicht weiter sondern eher zurück und senkt die Kosten nicht. Die Gesamtübersicht des Budgets wirkt mutlos, fragt sich, ob aufgrund der an der Urne abgelehnten Budgets in der letzten Legislatur. Einerseits ist dies positiv zu werten, da die StimmbürgerInnen ernst genommen wurden und die Mehrheit entschieden hat, aber danach begann die Variante des «copy paste». Jedoch wäre es nicht verboten, neue Ideen aufzuwerfen und nicht nur auf Sicherheit zu spielen, konstruktiver und kreativer zu werden und versuchen, die Einnahmeseite zu verbessern mit z. B. neuen Dienstleistungen. Es ist keine gute Richtung, leeren wir doch die Spezialfinanzierungen. Oder ist es eine Trotzreaktion auf den Mehrheitsentscheid, die Abbaupakete nicht anzunehmen, beim «Status quo» zu bleiben und keinen neuen Weg zu finden? Die Zukunft betreffend haben wir bereits bei der Finanzplandebatte gesprochen, der mit dem Budget im Zusammenhang steht. Der Bund und die Kantone haben bezüglich der Senkung der Unternehmenssteuer Kompensationszahlungen versprochen, wir sprechen jedoch bis jetzt nur darüber, sonst nichts. Durch die Entkoppelung der Steuern der natürlichen und juristischen Personen erhöhen sich die Steuereinnahmen der natürlichen Personen und vielleicht sollte dann über eine Erhöhung der Unternehmenssteuer nachgedacht werden, da diese gesenkt werden. Die Anträge der Fraktion PRR werden von unserer Fraktion nicht unterstützt.

Ogi Pierre, PSR: Je pense que la proposition d'amendement du Groupe PRR est une injustice pour le personnel de la Ville, car 1% ne touche pas tout le monde de la même manière. La personne qui gagnera 150'000 fr. aura moins d'argent, mais cela ne changera rien à son niveau de vie. Il mettra moins d'argent de côté, peut-être. Par contre la personne, qui gagne correctement mais tout juste sa vie, sera pénalisé. Avec la conjoncture actuelle, en Suisse, qui est enviée de tout le monde, la Ville de Bienne

décide de baisser le salaire des employé(e)s. Je n'ai jamais vu une chose pareille! Lorsque j'entends Monsieur Leuenberger dire que l'optimisation fiscale est légale, je trouve cela contre-morale. Cette pratique, que la Confédération applique en se déchargeant sur les cantons, est scandaleuse. Les cantons font de même avec les communes et la Ville de Bienne voudrait faire pareil. En outre, la population biennoise a des primes d'assurance maladie plus élevées que la population des communes avoisinantes, car la Ville de Bienne est classée en zone 1. Je trouve scandaleux de remercier les employé(e)s de la Ville en leur baissant leur salaire. Je n'ai pas les mots pour exprimer mon ressenti. Je demande au Groupe PRR de retirer sa proposition d'amendement.

Suter Daniel, PRR: J'ai étudié les chiffres et l'évolution entre les comptes 2017 et le budget 2020 concernant le compte 30 «Charges de personnel». Je trouve une différence d'environ 9 millions de fr., qui représente 11% d'augmentation en trois ans, avec une augmentation de la population de maximum 1% par année. Si on dit que les charges de personnel explosent, ce n'est sans aucun doute pas exagérer! Le budget 2017 du compte 31 «Charges de biens et services et autres charges d'exploitation» était de 35 millions de fr. environ et au budget 2020, il s'élève à 41 millions de fr. environ. Il y a une différence d'environ 6 millions de fr. et une augmentation de 18%.

Nous sommes dans un régime d'économies selon la décision de NHS en 2015, il ne faudrait pas l'oublier! Les dépenses du compte 31 représentent aussi des mandats donnés par la Ville à des experts juridiques externes. La Ville vit clairement au-dessus de ses moyens, sans tenir compte de la réalité de NHS. La proposition du Groupe PRR, dans ce contexte, est tout à fait symbolique. On peut même dire que c'est un peu ridicule à l'échelle de la Ville. Il ne s'agit pas de diminuer de 1% les salaires des employé(e)s de la Ville car ils y ont droit. Il faudrait juste être honnête avec la population et enlever un peu de cette marge qui est dans le budget, afin de rendre le budget plus réel.

Bord Pascal, PRR: J'ai bien entendu Monsieur Ogi et je dois préciser que l'idée de cette proposition n'a jamais été de baisser les salaires des employé(e)s de la Ville. Il est uniquement demandé de budgéter au plus juste, sans prendre une marge de 1%. Il s'agit donc d'une réduction technique, qui n'a pas d'influence sur les salaires du personnel, ni le nombre de postes de l'Administration. Le travail des employé(e)s est reconnu et approuvé. La remarque est identique pour le compte 31 «Charges de biens et services et autres charges de l'exploitation». Deux votes seront proposés afin que les personnes qui ne veulent en aucun cas toucher au compte 30 pourront tout de même soutenir une réduction technique dans les achats du compte 31.

Koller Levin, JUSO: Noch eine Anmerkung zu den Anträgen des PRR und der FDP: ersterer will eine lineare Kürzung von 1% im Personalaufwand aller Direktionen, etwas abstrakt, jedoch was sind die Auswirkungen? Ganz einfach: entweder werden die Löhne des Personals der Stadt gekürzt oder Stellen gestrichen, dies kann nicht ernst gemeint sein! GärtnerInnen, SozialarbeiterInnen, InformatikerInnen, Reinigungsfachleute, LehrerInnen, KleinkindererzieherInnen, Menschen, welche jeden Tag gute Arbeit für die EinwohnerInnen der Stadt Biel leisten, wollt ihr mit solchen Massnahmen bestrafen! Gleichzeitig unterstützt ihr Vorlagen auf kantonaler und nationaler Ebene, die die Reichen und Grossonzerne entlasten und in der Stadt Biel zu riesigen Steuerausfällen führen. Nicht wertend sondern analytisch gesehen wird hier

Klassenkampf betrieben: von oben gegen unten, arm gegen reich, Kapital gegen Arbeit. Dieser Antrag ist ein Affront gegen die Lohnabhängigen der Stadt Biel, inakzeptabel und verantwortungslos. Im Gegensatz zu den meisten gut betuchten Parlamentariern der Fraktion FDP gibt es bei der Stadt Biel Lohnabhängige, die auf ihren Lohn angewiesen sind, die solche Lohnsenkungen schmerzen. Der zweite Antrag, welcher nicht besser ist, bei welchem der Sach- und Betriebsaufwand aller Direktionen linear um 1% gekürzt werden sollen, ist realitätsfremd. Bei steigenden Aufgaben wird mehr Material und Geld benötigt, Material für die SchülerInnen, die Stadtgärtnerei, die Stadtplanung, die Stadtkanzlei etc. kann nicht einfach gekürzt werden. Der Antrag ist nicht durchdacht, geht auf Kosten der städtischen Angestellten sowie der Qualität der städtischen Leistungen, weshalb ich beide Anträge mit Entschiedenheit ablehnen werde.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich habe bereits zu Beginn des Abends erwähnt, dass nicht einfach, um Personalkosten zu sparen, Lohnkürzungen oder Stellenabbau vorgenommen werden kann ohne daran zu denken, was mit dem Arbeitsaufwand geschieht. Diese zwei Komponenten müssen beachtet werden und sind miteinander verbunden. Die Folge sind Dienstleistungen, die verschwinden, Schalter, welche schliessen oder weniger geöffnet sind, es muss überlegt werden, wer die Arbeit erledigt. Auch das mit dem «Technique», dies sind alles Arbeitsstellen und Menschen, genug Unternehmen sind diesen un kreativen Weg gegangen, was dazu geführt hat, dass das Personal krank wurde und ausfiel und noch mehr Kosten entstanden sind. Um gute Dienstleistungen zu erbringen, braucht es gesundes Personal. Was für Lösungen habt ihr, sobald die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform und kantonalen Steuerrevision auf uns zukommen? Ich bitte deshalb um Ablehnung der beiden Anträge.

Briechele Dennis, GLP: Nun wurden ein paar üble «Schreckgespenster» an die Wand «gemalt», weshalb ich mich kurz äussere nach einem Blick in die Bücher. Das Budget 2018 sah Personalausgaben im allgemeinen Haushalt von CHF 88'648'000 vor. Wären diese Ausgaben damals um 1% gekürzt worden, hätten die Endausgaben CHF 87'761'000 betragen. Die Personalkosten der Rechnung 2018 betrugen CHF 86'228'000 und ich denke, es gab in diesem Jahr keinen Stellenabbau oder Lohnkürzungen noch mehr Krankheitsfälle oder Arbeitsverweigerung. Der ehemalige Stadtpräsident hat in einer ähnlichen Situation 3% Kürzung gefordert und das Beispiel zeigt, dass sich 1% verkraften lässt.

Sprenger Titus, Passerelle: Dass nun die Rede von 3% Kürzung ist, zeigt wie willkürlich doch dieser Antrag ist. Wir können über die Kostensituation sowie das ganze Budget diskutieren, aber fragt sich, was mit einer so linearen Kürzung von 1% erreicht werden will. Ein Signal senden oder was ist der Zweck dieses Antrags? Es ist konzeptionslos und wie Herr Grupp bereits erwähnt hat, ein Delegieren an den Gemeinderat und bringt uns nicht weiter.

Grupp Christoph, Grüne: Besten Dank an meine beiden Vorredner. Aus dem Votum von Herrn Briechele geht hervor, dass bei der Kürzung von 1% sich nichts ändert, fragt sich, weshalb wir dann kürzen sollten? Fragt sich, ob wir gegen aussen so kommunizieren wollen, dass das Budget CHF 2 Mio. im Plus abschliesst und es der Stadt nicht so schlecht geht, nur weil durch diese Kürzung von 1% dieser Betrag

eingespart wird? Ich denke eher nicht, nachdem was heute alles diskutiert wurde, bis hin zum Notstand. Auf jeden Fall will ich dem Volk kein solches Budget präsentieren.

Pittet Natasha, PRR: Je voulais juste rapidement dire que la réduction de 1% demandée n'est pas linéaire car cela voudrait dire que chaque poste dans chaque direction serait baissé de 1%. On demande une baisse de 1% sur le global de chacun de ces deux comptes et rien d'autre.

Suter Daniel, PRR: Vous devinerez facilement que j'abonde dans le sens de ma préopinante. Monsieur Grupp n'a pas compris que ce n'était pas 1% linéaire. De plus, la décision et la responsabilité d'exécution revient ensuite au Conseil municipal, qui décidera des comptes à toucher pour appliquer cette réduction globale de 1% maximum. Il s'agit de trouver le bon moyen au bon endroit afin d'arriver à cette économie. Pourquoi faire cette démarche si cela ne sert de toute façon à rien dans les comptes est une bonne question? Il s'agit uniquement de rendre plus vraies et correctes les informations figurant dans les comptes et diminuer cette énorme marge qui existe entre budget et les comptes. Aucun bénéfice ne sera démontré avec cette diminution. Cela va aussi rendre moins ridicule ce budget dit équilibré qui l'est uniquement par le fait que l'on couvre un déficit avec des fonds propres. La proposition d'amendement du Groupe PRR permettra d'utiliser moins de fonds propres pour montrer cet équilibre. Il s'agit de bonus qui sont utilisés pour la consommation alors qu'on devrait dans l'idéal les utiliser pour l'investissement.

Meyer Miro, JUSO: Ein Kompliment an meine bürgerlichen KollegInnen: ihr seid sehr lernfähig! Anlässlich eurer letzten Sparmassnahmen wolltet ihr bei der Bibliothek, beim (Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn) TOBS und so weiter einsparen, was zu riesigem Widerstand der Bevölkerung (Biel für alle!) und negativen Wahlergebnissen für euch geführt hat. Somit macht ihr nun keinen konkreten Vorschlag mehr, wo gespart werden muss sondern zieht euch aus der Verantwortung und macht einen Antrag, dass beim Personal 1% eingespart werden muss, nicht wo und in der Hoffnung, dass keine Lohnkürzungen oder kein Stellenabbau erfolgen werden. Es kann ja irgendwie irgendwo gespart werden und sollte dies nicht klappen, ist der Gemeinderat plötzlich schuld, weil dieser euren Antrag umsetzen musste. Eine gute Leistung, muss ich sagen, gute Fortschritte, aber leider nicht zum Wohle der Stadt Biel.

de Maddalena Daniela, Grüne: Herr Suter, sie regen sich auf, ich mich auch, wir uns alle, kann ich mir vorstellen. Eine hitzige Diskussion, welche ich etwas aufheitern will, aber mit aller Ernsthaftigkeit: Herr Suter, sie sprechen von einer «petit geste», einer kleinen Geste von 1%, okay, finde ich ganz gut. Aber nicht, wo diese kleine Geste erbracht werden soll, da bin ich nicht einverstanden. Ich mache einen Vorschlag: jeden Monat wird der Saal für die Stadtratssitzung mit einem wunderbaren Blumenstraus, einem bunten Gesteck, geschmückt. Wieviel das wohl kostet, CHF 150 - 200 pro Straus, also nett gerechnet CHF 1500 im Jahr. Und unser Stadratsweihnachtsessen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das geht ins Geld! Wir verzichten also auf das Weihnachtessen resp. führen dieses im Sinne eines «kanadischen Buffets» durch, was heisst, dass jeder von uns etwas dazu beitragen muss ausser Geld. Das wäre ein Zeichen mit welchem wir der Bevölkerung vielleicht klar machen könnten, dass wir es ernst meinen mit dem Sparen. Herzlichen Dank!

Bohnenblust Peter, FDP: Es wurde vorher behauptet, wir seien lernfähig, klar sind wir das, aber nicht so wie behauptet! Denn der damalige Vorschlag betreffend Sparmassnahmen Bibliothek und TOBS wurde nicht von den Bürgerlichen sondern vom Gemeinderat von der Direktion von Herrn Némitz gemacht, nur dass da kein falscher Eindruck entsteht. Der Antrag für die allgemeine Kürzung hat eine Tradition, ich war auch im Neumarktschulhaus dabei, als der damalige Stadtpräsident und Finanzdirektor eine Kürzung von 3% beantragt hat, also nichts Neues. Wir haben ein Budget von Millionen und können nicht wie früher jeden Posten einzeln abhandeln wie zu Zeiten von Herrn Aerni. Diese allgemeinen Kürzungen sind Tradition und auch machbar und es geht nicht um Persönliches sondern um System.

Ogi Pierre, PSR: Quand on parle finances et de réduire une masse salariale, ceci n'est pas un geste innocent. Je connais la situation des ouvriers de la Ville de Bienne. Je ne parle pas des cadres, qui se demandent comment ils feront lorsqu'ils seront en retraite dans deux à trois ans. Il ne faut pas oublier que les intérêts de la Caisse de pension de la Ville de Bienne ont été baissés de plus de 30% déjà. Les personnes qui pensaient pouvoir partir à la retraite à 62 ou 63 ans devront continuer à travailler. C'est dramatique et il ne faut pas oublier que chaque centime qui va manquer maintenant sera aussi un manque plus tard. Cela ne doit pas être ignoré.

Gugger Reto, BDP: Aufgrund der Sprache ist nun ein grosses Missverständnis entstanden, weil die Nuancen dieses Kürzungsantrags nicht richtig verstanden wurde. Es besteht ein Ballon, aus welchem nun ein wenig Luft rausgelassen wird, aber nur soviel, dass die bestehenden Kosten weiterhin gedeckt sind und die Löhne bezahlt werden können. Von der Reserve des Gemeinderats wird gebraucht, damit das Budget kleiner wird. Liebe JUSO, ihr habt im Wahlkampf immer für die 99% gekämpft, welche, auch wenn wir jetzt um 1% kürzen, wir ja nun genau erreichen.

Wiederkehr Martin, SP: Wenn wir ehrlich sind, führen wir jetzt eine politische Debatte und keine Finanzdebatte. Denn bei der Betrachtung der Investitionsplanung und einem Schuldenzuwachs von CHF 30 bis 40 Mio., dann mindern die 1% aus dem einen Ballon die Fülle des anderen Ballons nicht, der Schuldenberg wächst und es ist eine «Peanutsdiskussion» über die 1%, die wir führen. Vorallem wenn wir das Resultat der Rechnung betrachten, welches seit Jahren, unabhängig vom Finanzdirektor und seiner Parteizugehörigkeit, immer anders ausfällt als budgetiert. Und dies hat System in der Finanzplanung, sei es beim Bund und jeder politischen Gemeinde, egal ob SVP, FDP, SP, der Finanzdirektor budgetiert immer so, dass er am Schluss gut da steht. Der Bund, der Kanton, also auch Frau Simon, präsentiert uns schlussendlich eine Jahresrechnung, welche dementsprechend besser ist als das Budget. Ich stimme Herrn Leuenberger zu, ich fühle mich auch an der Nase rumgeführt, jedoch ist es wirklich realistisch, ein richtiges Budget auszuarbeiten mit all diesen fremdbestimmten Faktoren? Anstelle weiter über solche Details zu diskutieren, sollten wir abstimmen und das Budget annehmen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Il y a quelques années, le Conseil de ville a accepté un programme d'assainissement des finances, qui a été nécessaire pour remettre à flot les finances communales. Même si la répartition des charges et des revenus est toujours âprement débattue chaque année à l'occasion du débat budgétaire, il faut reconnaître, aujourd'hui, que le Gouvernement a réussi depuis 2016 à présenter des budgets de compromis, qui sont soutenus par la population à plus de

80%. C'est tout de même une constante à relever. Nous pouvons nous targuer de ces résultats. Cela m'importe moins, aujourd'hui, de voir que les résultats des comptes vous déplaisent, Monsieur Leuenberger. Cela démontre que l'Administration travaille consciencieusement en gérant le denier public avec circonspection. Ceci d'autant plus que le Conseil municipal doit faire face à des exigences légales toujours plus pointues et que la population augmente régulièrement.

Grupp Christoph, Grüne: Nur eine kurze Nachfrage zu den fundierten Antworten der Finanzdirektorin: hat der Gemeinderat eine Priorisierung bei einem Bedarf zur Deckung eines allfälligen Defizits zwischen den Buchgewinnen oder den ESB-Dividenden vorgesehen?

Steidle Silvia, directrice des finances: Ma réponse n'a pas été assez précise et je m'en excuse. La Direction des finances a donné un mandat à une délégation du Conseil municipal afin de vérifier le montant effectif. Une budgétisation de 3 millions de fr. de dividendes supplémentaires a été faite et fera donc l'objet, en collaboration avec ESB, d'une vérification. Cela a pour but de savoir si ces 3 millions de fr. peuvent être réalisés sans mettre en danger l'entreprise ESB et ceci indépendamment du résultat final.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir stimmen nur über die beiden Anträge ab, morgen erhalten Sie eine bereinigte Version der Botschaft.

Ordnungsantrag

Koller Levin, JUSO: Ich stelle den Ordnungsantrag die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird angenommen.

Abstimmung

- über den Änderungsantrag der Fraktion GLP, Budget 2020, lineare Reduktion des Kontos «30 Personalaufwand» aller Direktionen um 1%

Partei	Name	Vorname	JA	NEIN	ENTH
SP	Arnold	Marc		X	
SP	Arnold	Niels			X
SP	Augsburger	Dana		X	
SP	Bigler	Jarno		X	
FDP	Bohnenblust	Peter	X		
PRR	Bord	Pascal		X	
GLP	Briechle	Dennis	X		
EVP	Brunner	Thomas	X		
SP	Clauss	Susanne		X	

Grüne	De Maddalena	Daniela		X	
Grüne	Epper	Bettina		X	
UDC	Francescutto	Luca	X		
Grüne	Frank	Lena		X	
FDP	Gerber	Andreas	X		
PSR	Gonzalez	Glenda		X	
Grüne	Grupp	Christoph		X	
BDP	Gugger	Reto	X		
PAS	Gurtner	Sandra	X		
PdA	Heiniger	Peter		X	
SVP	Helbling	Beatrice	X		
JUSO	Koller	Levin		X	
SP	Külling	Urs		X	
FDP	Leuenberger	Bernhard	X		
Grüne	Loderer	Benedikt		X	
Grüne	Meuli	Selma		X	
JUSO	Meyer	Miro		X	
EVP	Molina	Franziska	X		
PSR	Ogi	Pierre		X	
PRR	Paronitti	Maurice	X		
PRR	Pittet	Natasha	X		
PSR	Rebetez	Maurice		X	
DE	Rindlisbacher	Hugo	X		
Les Verts	Roth	Myriam	X		
SVP	Scherrer	Martin	X		
Grüne	Scheuss	Urs		X	
SVP	Schneider	Sandra	X		
SVP	Schneider	Veronika	X		
EDU	Schor	Alfred	X		
PAS	Sprenger	Titus		X	
SP	Steinmann	Alfred		X	
GLP	Stocker	Julien	X		
PSR	Stolz	Joseline	X		
FDP	Strässler	Thomas		X	
SP	Strobel	Salome		X	
PRR	Suter	Daniel	X		
BVP	Sutter	Andreas	X		
SP	Tanner	Anna		X	
PAS	Tennenbaum	Ruth		X	
PSR	Torriani Latscha	Isabelle		X	
SP	Vlaiculescu	Christiane		X	
UDC	Wächter	Olivier	X		
FDP	Wending	Cécile	X		
UDC	Widmer	Patrick	X		
SP	Wiederkehr	Martin		X	
DE	Zimmermann	Erwin	X		
	Total		26	28	1

Der Antrag **wird** mit **26 JA** zu **28 NEIN** Stimmen und **1 Enthaltung** abgelehnt.

Abstimmung

- über den Änderungsantrag der Fraktion GLP, Budget 2020, lineare Reduktion des Kontos «31 Sach- & übriger Betriebsaufwand» aller Direktionen um 1%

Partei	Name	Vorname	JA	NEIN	ENTH
SP	Arnold	Marc		X	
SP	Arnold	Niels	X		
SP	Augsburger	Dana		X	
SP	Bigler	Jarno		X	
FDP	Bohnenblust	Peter	X		
PRR	Bord	Pascal		X	
GLP	Briechle	Dennis	X		
EVP	Brunner	Thomas	X		
SP	Clauss	Susanne		X	
Grüne	De Maddalena	Daniela		X	
Grüne	Epper	Bettina		X	
UDC	Francescutto	Luca	X		
Grüne	Frank	Lena		X	
FDP	Gerber	Andreas	X		
PSR	Gonzalez	Glenda		X	
Grüne	Grupp	Christoph		X	
BDP	Gugger	Reto	X		
PAS	Gurtner	Sandra	X		
PdA	Heiniger	Peter		X	
SVP	Helbling	Beatrice	X		
JUSO	Koller	Levin		X	
SP	Külling	Urs		X	
FDP	Leuenberger	Bernhard	X		
Grüne	Loderer	Benedikt		X	
Grüne	Meuli	Selma		X	
JUSO	Meyer	Miro		X	
EVP	Molina	Franziska	X		
PSR	Ogi	Pierre		X	
PRR	Paronitti	Maurice	X		
PRR	Pittet	Natasha	X		
PSR	Rebetez	Maurice		X	
DE	Rindlisbacher	Hugo	X		
Les Verts	Roth	Myriam	X		
SVP	Scherrer	Martin	X		
Grüne	Scheuss	Urs		X	
SVP	Schneider	Sandra	X		
SVP	Schneider	Veronika	X		
EDU	Schor	Alfred	X		

PAS	Sprenger	Titus		X	
SP	Steinmann	Alfred		X	
GLP	Stocker	Julien	X		
PSR	Stolz	Joseline	X		
FDP	Strässler	Thomas		X	
SP	Strobel	Salome		X	
PRR	Suter	Daniel	X		
BVP	Sutter	Andreas	X		
SP	Tanner	Anna		X	
PAS	Tennenbaum	Ruth		X	
PSR	Torriani Latscha	Isabelle		X	
SP	Vlaiculescu	Christiane		X	
UDC	Wächter	Olivier	X		
FDP	Wendling	Cécile	X		
UDC	Widmer	Patrick	X		
SP	Wiederkehr	Martin		X	
DE	Zimmermann	Erwin	X		
	Total		27	28	0

Der Antrag **wird** mit **27 JA** zu **28 NEIN** Stimmen und **0 Enthaltung** **abgelehnt**.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Salome Strobel wird morgen die Sitzung eröffnen, ich wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:05 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane